

DREIZEHN

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

Nr. 2 Nov. 2008

Herausgegeben vom
Kooperationsverbund
Jugendsozialarbeit



„Den Blindflug beenden“

Im Interview: Staatsministerin Maria Böhmer zur
Integrationspolitik SEITE 12

Beispiel LOS

Wie integrativ ist Sozialarbeit für Jugendliche mit
Migrationshintergrund? SEITE 21

Zwischen Angst und Zuversicht

Junge Migranten/innen über ihr Leben
in Deutschland SEITE 49

Der Nationale Integrationsplan: eine Agenda auf dem Prüfstand



Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

lange ist's her, da waren viele Deutsche selber Migranten/innen. Hunderttausende verließen vor allem im 19. Jahrhundert ihre Heimat und segelten meistens Richtung USA. Die Integration ist ihnen dort geglückt, was etwa an der jährlichen Steuben-Parade in New York zu sehen ist.

Lange wird es aber vermutlich dauern, bis wir hierzulande von geglückter Integration reden können. Sicherlich wird am 6. November 2008 viel Positives dazu berichtet werden, wenn die Bundesregierung Zwischenbilanz zum Nationalen Integrationsplan zieht.

Der NIP beschäftigt natürlich auch den Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit. Mehr als 15 Monate sind vergangen, seit der Plan beschlossen wurde. Was hat er gebracht? Wie ging es mit der Integration weiter? Welche für die Jugendsozialarbeit relevanten Entwicklungen sind zu verzeichnen?

DREIZEHN hat nachgefragt, zum Beispiel bei Staatsministerin Prof. Maria Böhmer. Oder bei Kenan Kolat, dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, zu Migrantenselbstorganisationen. Wir gehen den Fragen nach, inwieweit die Jugendsozialarbeit Integration fördert und was interkulturelle Öffnung ausmacht. Für das Schul- und Bildungssystem, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund benachteiligt, skizziert Professor Filsinger Verbesserungen.

Weitsichtiges und langfristiges Handeln ist unbestritten notwendig. Die Handlungsspielräume aber – so ist jedenfalls zu befürchten – werden sich verengen durch die weltweite Finanzkrise. Allein mit den Abfindungen für Banker könnten Riesenschritte in der Integrationspolitik finanziert werden. Leider steht es nicht in der Macht der Jugendsozialarbeit, diese Mittel entsprechend umzuleiten.

Wir werden weiter in der Bildungs- und Integrationspolitik unseren Einfluss für die betroffenen Menschen geltend machen. Um auf das Einwanderungsland USA zurückzukommen: Die Inschrift auf der Freiheitsstatue in New York lautet „Kommt alle zu mir: die Müden, die Armen, die unterdrückten Massen, die es nach freier Luft gelüftet ...!“.

Herzlichst, Ihr Walter Würfel
(Stellvertretender Sprecher Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)



12 21 49

ANALYSEN UND DEBATTEN

- 04 Der Nationale Integrationsplan: zwischen Euphorie und Boykott
- 12 „Wir müssen den jahrzehntelangen Blindflug in der Integrationspolitik endlich beenden“ – Interview mit Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer
- 16 Lokale Strategien für die soziale Integration von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- 21 Wie integrativ ist soziale Arbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund? Ein Analyseversuch am Beispiel LOS
- 24 Die Selbstverpflichtungen der Träger der Jugendsozialarbeit im Nationalen Integrationsplan – Pflicht oder Kür?

PRAXIS

- 26 Interkulturelle Öffnung: Mehr als Sprachkenntnisse
- 28 Das Grünbuch der Europäischen Kommission: Mehr Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund/ Das Projekt JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben
- 31 Case Management in den Jugendmigrationsdiensten/ Individuelle Integrationsförderplanung in Jugendmigrationsdiensten

IM FOKUS

- 34 Pluralität ist Normalität für Kinder und Jugendliche – Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums
- 36 Auf die Einstellung kommt es an – Diversity als Rekrutierungsphilosophie
- 38 Eine eigene Lobby schaffen: Migrantenorganisationen in Deutschland
- 42 „Selbstorganisationen verfügen über bedeutende Integrationspotentiale“ – Interview mit Kenan Kolat, dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland
- 46 „Ein Kampf gegen Windmühlen“ – Fachkräfte im Interview zu Ihrer Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- 49 Zwischen Angst und Zuversicht: Wie denken Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund über ihr Leben in Deutschland?

RUBRIKEN

- 02 Editorial
- 03 Inhalt
- 52 Impressum



Eine Agenda auf dem Prüfstand

Der Nationale Integrationsplan: zwischen Euphorie und Boykott

Im Juli 2007 wurde der Nationale Integrationsplan (NIP) besiegelt. Das Thema Integration war damit endlich dort platziert, wo es schon lange hingehörte: ganz oben auf der politischen Agenda der Bundesrepublik. Doch was ist außer Symbolik und Willensbekundungen eigentlich herausgekommen?

Auf dem zweiten Gruppenfoto ist er nicht zu sehen. Statt drinnen im Kanzleramt mit der Bundeskanzlerin, ihrer Migrationsbeauftragten und den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des zweiten Integrationsgipfels in die Kamera zu lächeln, gab Kenan Kolat draußen vor der Tür Interviews und verteilte Flugblätter. Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD), deren Vorsitzender Kolat ist, hatte gemeinsam mit drei anderen deutsch-türkischen Organisationen den Integrationsgipfel der Bundesregierung boykottiert. „Was die Bundesregierung jetzt macht, trägt nicht zur Integration bei“, rief Kolat empört in die Kameras. Dabei hatte er seit dem ersten Treffen im Juli 2006 „die sachliche Atmosphäre“ des Integrationsgipfels stets gelobt – und engagiert daran mitgearbeitet.

Was war passiert? Während die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Integrationsgipfels ein Jahr lang über Bildung und Arbeitsmarkt, über Gleichberechtigung, Stadtentwicklung und über die Bedeutung von Kultur, Medien und Sport für die Integration beraten hatten, erarbeitete das CDU-geführte Bundesinnenministerium zeitgleich eine Reform des Zuwanderungsgesetzes. Kurz vor dem zweiten Integrationsgipfel, auf dem im Juli 2007 der Nationale Integrationsplan besiegelt wurde, beschloss die schwarz-rote Bundesregierung zahlreiche Verschärfungen. Eine davon: Ausländische Ehepartner/innen müssen nun mindestens 18 Jahre alt sein und einfache Deutschkenntnisse nachweisen, um hierzulande einreisen zu dürfen. Diese Regel aber gilt beispielsweise nicht für US-Amerikaner, Israelis und Australier.

„Dieses Gesetz beinhaltet Ausgrenzung und Ungleichbehandlung“, tobten entsprechend die Organisationen der Deutsch-Türken, die die weitaus größte Migrantengruppe hierzulande vertreten. Aus ihrer Sicht war der Subtext der Gesetzesverschärfung klar: „Solche wie euch wollen wir nicht!“

Genau das gegenteilige Signal sollte der Nationale Integrationsgipfel aussenden, und letztlich tat er das auch – auch wenn durch

das neue Zuwanderungsgesetz ein Schatten auf dieses Signal fiel. Doch die symbolische Wirkung der Einladung ins Kanzleramt war größer. Markierte sie doch eine Wende in der deutschen Politik. Erstmals war eine Bundesregierung bereit, auf Augenhöhe mit Migranten/innen zu diskutieren – statt nur über sie zu sprechen – wie es bislang stets der Fall gewesen war. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach von „einem Meilenstein in der Geschichte der Integra-

„Was die Bundesregierung jetzt macht, trägt nicht zur Integration bei“, rief Kenan Kolat empört in die Kameras.

tionspolitik“ und betonte, dass die Integration ein zentrales politisches Anliegen der Bundesregierung sei, das von den Einwanderern/innen, aber auch von der deutschen Gesellschaft energisches Handeln erfordere. Das mobilisierte die Migranten/innen in ihren Organisationen, forderte Einsatz von den staatlichen Stellen und setzte das Thema Integration endlich dahin, wo es hingehört: ganz oben auf die gesellschaftliche Tagesordnung. Die Einladung ins Kanzleramt, das war also ein lange überfälliger Akt mit großer symbolischer Bedeutung.

Erstaunlich war, dass dieser Schritt ausgerechnet von einer konservativen Kanzlerin ausging. Tun sich doch in Merkels Partei bis heute viele mit der Erkenntnis schwer, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Zwischen dem ersten und dem zweiten Integrationsgipfel, der von den Deutsch-Türken boykottiert wurde, lag ein Jahr. Ein Jahr, in dem Vertreter/innen von Bund, Ländern und Kommunen, von Gewerkschaften und Arbeitgebern, Vertreter/innen von Wohlfahrtsverbänden und Migrantenorganisationen, vom Sport, den Medien und der Wissenschaft in insgesamt sechs Arbeitsgruppen zehn Themenfelder bearbeitet hatten. Sie sprachen über Integrationskurse, über mangelnde Deutschkenntnisse, Versäumnisse in der Bildungspolitik und fehlende Ausbildungsplätze, über Zwangsehen



Die Ausgangslage: Zahlen und Fakten

In Deutschland leben 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das ist fast ein Fünftel der Bevölkerung. Bei den unter 25-Jährigen ist es mehr als ein Viertel, bei den unter Sechsjährigen sogar fast ein Drittel. Mehr als die Hälfte der Migranten/innen hat einen deutschen Pass, viele von ihnen sind hierzulande geboren. 96 Prozent der Einwanderer/innen leben in Westdeutschland, nur vier Prozent sind in den neuen Ländern zu Hause. Besonders hoch ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den Großstädten. In Stuttgart sind es 40 Prozent, in Frankfurt/Main 39,5 und in Nürnberg 37 Prozent. Das ergab eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes aus dem vergangenen Jahr.

Die größte Gruppe der Einwanderer/innen stammt aus der Türkei. Sie umfasst 14,2 Prozent aller Zugewanderten. Es folgen Russland (9,4), Polen (6,9), Italien (4,2) sowie Rumänien, Serbien und Montenegro (je 3 Prozent).

Fast zehn Prozent der Einwanderer/innen haben keinen Schulabschluss, mehr als die Hälfte keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bei den Deutschstämmigen sind diese Quoten weit niedriger. Jugendliche mit Migrationshintergrund brechen weit häufiger die Schule ab, besuchen öfter die Hauptschule und viel seltener das Gymnasium als ihre deutschstämmigen Altersgenossen. Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass dies nur begrenzt mit den Fähigkeiten der Jugendlichen zu tun hat – und viel mit ihrem sozialen Status. Der Bildungserfolg ist in kaum einem vergleichbaren Land so sehr abhängig von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund wie in Deutschland. Die Pisa-Studie hat auch gezeigt, dass die frühkindliche Bildung in Deutschland gestärkt werden muss. Zwar gehen die über vierjährigen Migrantenkinder fast genauso häufig wie ihre deutschstämmigen Altersgenossen/innen in den Kindergarten, doch gibt es bei den jüngeren Kindern noch deutliche Unterschiede.

Die Arbeitslosigkeit unter Migranten/innen ist höher: 13 Prozent der Einwanderer/innen suchen einen Job, bei den Deutschstämmigen sind es 7,5 Prozent. Zugewanderte Erwerbstätige sind doppelt so häufig als Arbeiter und Arbeiterinnen tätig als diejenigen ohne Migrationshintergrund. Es ist fast die Hälfte von ihnen. Entsprechend wenige arbeiten als Angestellte oder Beamte.

und städtische Problemviertel, über fehlende Tatort-Kommissare nichtdeutscher Herkunft, die Bedeutung von Sportvereinen für die Integration und vieles Andere mehr. Viele Teilnehmer/innen lobten die sachliche Diskussion in den Arbeitsgruppen – auch jene, die das Ergebnis des Gipfels später kritisch beurteilten.

Aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen ist im Kanzleramt der Nationale Integrationsplan zusammengestrickt worden, den die Bundeskanzlerin beim zweiten Integrationsgipfel im Juli 2007 präsentierte. Der 200 Seiten umfassende Bericht enthält rund 400 Selbstverpflichtungen von allen Beteiligten (siehe Seiten 8 und 9). Der Bund allein will 750 Millionen Euro für die Integrationsmaßnahmen bereitstellen.

400 Selbstverpflichtungen und 750 Millionen allein vom Bund – das hört sich beeindruckend an. Doch bei genauerem Hinsehen sind Abstriche zu machen.

Die Selbstverpflichtungen reichen von der Aufstockung der Integrationskurse über den längst beschlossenen Kitausbau bis zum Frauenfußball. Wichtiges und Banales, Neues und Altbekanntes steht gleichberechtigt nebeneinander. Manche Akteure listen einfach alles auf, was sie in Sachen Integration bereits geleistet haben – und verpflichten sich vor allem dazu, was sie ohnehin schon tun. Dass sie lange vor der Bundesregierung aktiv wurden, kann man Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften oder Migrantenorganisationen sicherlich nicht vorwerfen. Im Gegenteil: Denn immerhin wurde nun für eine breitere Öffentlichkeit deutlich, was diese Akteure schon seit Jahren in puncto Integration leisten.

Doch insgesamt fällt bezüglich der Selbstverpflichtungen das Urteil dürrig aus: Ein echter Innovationsschub sieht anders aus.

Zudem sind nur wenige Verpflichtungen mit klarer Ziel- und Zeitvorgabe versehen, die meisten gänzlich unverbindlich formuliert. Sie alle sind weder einklagbar noch drohen Sanktionen, wenn die Erfüllung ausbleibt.



Auch die beachtlichen Investitionssummen, die genannt werden, sind mit Vorsicht zu genießen. Sie umfassen, etwa bei der Bundesregierung, nicht nur originäre Integrationsarbeit, sondern alle Kosten, die sich irgendwie unter den Begriff Integration subsumieren lassen. Aufgeführt werden auch Maßnahmen, die längst laufen oder lange vor dem Integrationsgipfel geplant waren.

Mit der Überprüfung der Selbstverpflichtungen sieht es dünn aus. Zwar hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), in den vergangenen Monaten Berichte von allen Beteiligten gesammelt, die darlegen sollen, wie weit die Erfüllung der Selbstverpflichtungen gediehen ist. Diese Berichte werden im Kanzleramt zusammengefasst und auf dem dritten Integrationsgipfel im November als Zwischenbilanz präsentiert. Fast alle Beteiligten lieferten Selbsteinschätzungen. Auch in den meisten Bundesministerien, in den Ländern und Kommunen wurden die Berichte hausintern erarbeitet – ohne fachkompetente Beratung von außen.

Für eine wirkliche Überprüfung des Nationalen Integrationsplans aber wäre eine transparente Evaluationsstruktur von Nöten. Dabei müsste nicht nur die Erfüllung oder Nichterfüllung der Selbstverpflichtungen überprüft werden, sondern auch, welche Auswirkungen diese Maßnahmen haben – und ob sie integrationspolitisch überhaupt sinnvoll sind. Darüber aber dürften in vielen Fällen die zahlreichen Teilnehmer/innen des Nationalen Integrationsgipfels durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Denn der Begriff Integration kommt zwar im NIP extrem häufig vor, auf eine Definition aber, was Integration eigentlich ist und mit welchen

Indikatoren sie messbar ist, haben sich die Teilnehmer/innen nicht verständigt. Selbst CDU-Politiker/innen sind darüber uneins. So hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung inzwischen einen Katalog von mehr als 100 Indikatoren vorgelegt, mit denen sie künftig – unabhängig von den Selbstverpflichtungen des NIP – Integration messen will. Diesen Katalog aber hat ihr Parteifreund Armin Laschet, Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen, umgehend als „unausgegorenen und wissenschaftlich nicht fundiert“ kritisiert.

400 Selbstverpflichtungen und 750 Millionen Euro allein vom Bund – das hört sich beeindruckend an. Doch bei genauerem Hinsehen sind Abstriche zu machen.

Sinnvoll aber wäre ein Monitoring des NIP durch ein qualifiziertes und unabhängiges Gremium, welches es derzeit auf Bundesebene allerdings nicht gibt. Den Zuwanderungsrat, der eine solche Funktion hätte übernehmen können, hat der ehemalige SPD-Innenminister Otto Schily kurzerhand abgeschafft, als dieser ihm lästig wurde.

Über rechtliche Fragen – wie etwa die Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes – durfte auf dem Integrationsgipfel schlicht nicht geredet werden, das war die Vorgabe aus dem Bundeskanzleramt. Obwohl rechtliche Rahmenbedingungen bei Fragen der Integration absolut grundlegend sind, sind weder Zuwanderungs- noch Bleiberechtsfragen Teil des Nationalen Integrationsplans. Das Kommunale Wahlrecht, wichtiges Instrument für die politische Partizipation,



Der Nationale Integrationsplan

Ein Jahr lang hat die Bundesregierung mit Vertretern/innen aus Ländern und Kommunen, von Gewerkschaften und Arbeitgebern, Wohlfahrtsverbänden und Migrantenorganisationen, vom Sport, den Medien und der Wissenschaft in sechs Arbeitsgruppen darüber diskutiert, wie Integration in Deutschland besser gelingen kann. Herausgekommen ist der Nationale Integrationsplan, in dem alle Beteiligten gemeinsam insgesamt 400 Selbstverpflichtungen aufgelistet haben. Die Bundesregierung allein will 750 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen bereitstellen. Die lange Liste enthält wichtige und unwichtige, neue und alte, gute und weniger gute, verbindliche und unverbindliche Maßnahmen. Ein ausgewählter Überblick:

Sprachförderung: Jedes dritte Kind unter sechs Jahren, das in Deutschland aufwächst, hat einen Migrationshintergrund. Viele von ihnen können bei Schuleintritt jedoch nur mangelhaft Deutsch und haben deshalb häufig Schwierigkeiten in Schule und Beruf. Experten/innen fordern schon lange, die Sprachförderung in Kindergarten und Schule auszuweiten und zu verbessern. Der NIP sieht vor, die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auszubauen, wie es CDU-Familienministerin von der Leyen sowieso vorhatte, um die Vereinbarkeit von Beruf

und Familie zu verbessern. Bis 2013 wird eine Versorgungsquote von durchschnittlich 35 Prozent angestrebt. Die Länder wollen sprachliche Bildung in die Konzepte der Kindertagesstätten integrieren und Einrichtungen mit vielen Migrantenkindern fördern. Spätestens ein Jahr vor Schuleintritt sollen die Deutschkenntnisse aller Kinder bundesweit überprüft werden.

Bildung: Den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt kommt die zentrale Stellung beim Thema Integration zu. Doppelt so viele ausländische Schüler und Schülerinnen verlassen die Schule ohne Abschluss wie deutsche. Bei den Jungen ist dieser Anteil mit 20 Prozent besonders hoch: also jeder Fünfte. Unter Abiturienten/innen und Studenten/innen sind sie im Vergleich zu ihren deutschstämmigen Altersgenossen/innen stark unterrepräsentiert. Mit einem Modellprogramm sollen Schulverweigerer/innen wieder in die Schulen zurückgeholt werden. Schulen mit einem hohen Migrantenanteil sollen durch Senkung der Klassenfrequenzen, Erhöhung des Lehrpersonals und durch sozialpädagogische Fachkräfte unterstützt werden. Bund und Länder wollen mehr Ganztagschulen schaffen, die Türkische Gemeinde in Deutschland will zusammen mit der Föderation Türkischer Elternvereine eine Bildungsoffensive für Eltern türkischer Herkunft starten, damit sich Eltern stärker für die Bildung ihrer Kinder einsetzen.



Ausbildung und Arbeit: Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern streben einen höheren Migrantenanteil in den Betrieben an. Auch die öffentlichen Arbeitgeber wollen mehr Migranten/innen beschäftigen. Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass ausländische Jugendliche unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen gleichrangigen Zugang zum Berufsbildungssystem erhalten. Arbeitslose Migranten/innen sollen von der Arbeitsagentur speziell gefördert werden.

Integrationskurse: Das Stundenkontingent wird von 600 auf 900 Stunden aufgestockt. Es gibt differenzierte Angebot für Analphabeten, Jugendliche und Mütter, die eine Kinderbetreuung brauchen. Die Länder wollen die Zusammenarbeit von Ausländerbehörden und Kursträgern verbessern.

Integration vor Ort: In sozialen Brennpunkten der Großstädte sind Integrationsprobleme häufig am deutlichsten spürbar. Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ wird fortgeführt. Die Kommunalverbände – wie der Städtetag – können ihre Mitglieder zu nichts verpflichten. Sie empfehlen aber, auf allen Etagen und in allen Feldern der Kommunalpolitik und -verwaltung Integrationspolitik zu betreiben und in der Hierarchie möglichst weit oben anzusiedeln, zum Beispiel beim Bürgermeister.

Sport: Jeder dritte Deutsche ist in einem Sportverein organisiert, bei den Migranten/innen sind es deutlich weniger. In den Vereinen bleiben Deutsche einerseits und Eingewanderte andererseits häufig unter sich. Die Sportverbände wollen sich verstärkt den Migranten/innen öffnen, schließlich wird dem Sport eine hohe Integrationsleistung zugestanden. Die interkulturelle Kompetenz der Trainer/innen und Übungsleiter/innen soll verstärkt werden. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) will ein Netzwerk „Integration“ aufbauen und fördert das Modellprojekt „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“.

Medien: Die Medien prägen das Bild von den Migranten/innen in der Öffentlichkeit, berichten aber vor allem über Probleme, Skandale und Gewalt. So sind weit mehr Berichte über die kriminelle Migrantenkids, islamistische Hassprediger, Zwangsheiraten und Ehrenmorde zu finden als über den Alltag von Migranten/innen. Gleichzeitig sind Migranten/innen in den Redaktionen unterrepräsentiert. Das soll sich ändern. Die Ausbildung von Journalisten/innen mit Migrationshintergrund soll besonders gefördert werden. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wollen mehr Migranten/innen einsetzen. Der Bund prüft die Förderung der Zusammenarbeit deutscher und türkischer Medien.



wird ebenso wenig thematisiert wie die Situation von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus.

Kritik wie diese will die Integrationsbeauftragte Böhmer nicht gelten lassen. Stets lobt die CDU-Politikerin den Nationalen Integrationsplan als „historischen Schritt“, immer hat sie ein paar erfolgreiche Projekte parat, zu denen sich die Teilnehmer/innen des Gipfels verpflichtet haben. Die Bildungspaten/innen etwa, die ehrenamtlich Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien helfen. Die Kampagne „Vielfalt als Chance“,

Fast alle Beteiligten lieferten Selbsteinschätzungen, auch in den meisten Bundesministerien, in den Ländern und Kommunen wurden die Berichte hausintern erarbeitet – ohne fachkompetente Beratung von außen.

an der mittlerweile mehr als 300 Unternehmen teilnehmen. Und die Integrationskurse, die ausgebaut und besser finanziert seien. Auch die Bundesländer melden Fortschritte: Bundesweit wird mittlerweile spätestens ein Jahr vor der Einschulung festgestellt, wie weit die Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung sind. Dazu hatten sich die Länder im Integrationsplan verpflichtet.

Der Jugendintegrationsgipfel

Neben dem Nationalen Integrationsgipfel für die Erwachsenen gibt es auch einen für Jugendliche. Im Mai ist er auf Einladung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), zum zweiten Mal zusammengekommen. Die 80 Teilnehmer/innen im Alter zwischen 16 und 28 Jahren, von denen die Hälfte einen Migrationshintergrund aufweist, erarbeiteten zunächst im Auswärtigen Amt mit Experten/innen ihre Verbesserungsvorschläge in Sachen Integration. Das Treffen endete mit der Übergabe eines Ideenpapiers an die Bundeskanzlerin. Die eingeladenen Schüler/innen, Landesschülerräte, Jugendredakteure/innen sowie Auszubildende und Studierende forderten mehr Chancengleichheit für Migranten/innen. Bei ihrer Arbeit standen Schule, Ausbildung und Sport als Integrationsfelder im Mittelpunkt. Sie forderten eine bessere Berufsvorbereitung und eine stärkere Nutzung des Sports für die Integration. Sie schlugen unter anderem mehr Wettbewerb zwischen Schulen und eine Schulevaluation vor, forderten eine bessere interkulturelle Kompetenz der Lehrer/innen und betonten die Bedeutung von guten deutschen Sprachkenntnissen. Mit Blick auf die spätere Berufswahl solle bereits an Schulen mehr Orientierung geboten werden, hieß es weiter. Der erste Jugendintegrationsgipfel fand Anfang Mai vergangenen Jahres statt.



Erste Erfolgsmeldungen gibt es auch aus den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, den Migrantenorganisationen und vielen anderen Teilnehmern des Integrationsgipfels. Dennoch ist es schwer zu sagen, ob der Nationale Integrationsplan mehr werden wird als symbolische Politik – auch wenn man deren Wirkung nicht unterschätzen sollte. Anderthalb Jahre sind schlicht zu kurz, um die Veränderungen zu bewerten, die der NIP möglicherweise bewirken wird. Zumal es an Messinstrumenten mangelt, um dies seriös zu tun.

Bei einigen Beteiligten aber ist die Begeisterung längst verflogen. „Eine historische Wende in der Einwanderungspolitik ist mit dem Nationalen Integrationsplan nicht verbunden“, resümiert Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von der Umsetzung der zahlreichen Selbstverpflichtungen sei „herzlich wenig zu sehen“. Auch der Vorsitzende des Bundesausländerbeirates, Memet Kilic, beklagt, dass wenig positive Folgen zu spüren seien. Vielmehr, so Kilic, könne man von einem „Täuschungsmanöver“ sprechen: Durch den Integrationsgipfel seien bei den Migranten Hoffnungen geweckt worden, die Politik positiv mitgestalten zu können. Stattdessen habe es Gesetzesverschärfungen gegeben. Und Wolfgang Barth, Migrationsexperte der Arbeiterwohlfahrt, fordert,

dass der Nationale Integrationsplan „um die rechtliche Ebene ergänzt werden muss“.

Der Chef der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat, aber glaubt weiter an den Nationalen Integrationsplan. „Die Maßnahmen sind

Anderthalb Jahre sind zu kurz, um mögliche Veränderungen durch den NIP zu bewerten.

richtig und der Plan begrüßenswert“, sagt er auch heute noch. Was sich nun aber auf den vielen unterschiedlichen Ebenen in Sachen Integration tut, so Kolat weiter, bleibe für ihn undurchsichtig. Der TGD-Vorsitzende hat sich längst in den Integrationsgipfel-Prozess wieder eingeklinkt; die Selbsteinschätzung seines Verbands kommt – was wenig überrascht – zu einem positiven Ergebnis. So habe die Türkische Gemeinde gemeinsam mit der Föderation Türkischer Elternvereine eine Bildungskampagne für türkische Eltern gestartet. Hundert Bildungsbotschafter in ganz Deutschland sollen Eltern motivieren, sich mehr für die Bildung ihrer Kinder einzusetzen. Beim nächsten Gipfel, dem Auswertungstreffen im November, will Kolat auch im Kanzleramt wieder dabei sein. Und dann wird er wohl auch zusammen mit Merkel, Böhmer und den anderen Gipfelteilnehmern in die Kamera lächeln – und auf dem Gruppenfoto wieder zu sehen sein. ■

DIE AUTORIN:

Sabine am Orde ist Redakteurin im Inlandsressort der tageszeitung (taz) und dort zuständig für Migration und Integration. Für die Serie „Islam in Berlin“ hat sie die AWO-Berlin gemeinsam mit der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion in ver.di mit dem Medienpreis „Auf gleicher Augenhöhe: Interkulturelle Öffnung als Zukunftsaufgabe“ ausgezeichnet.

„Wir müssen den jahrzehntelangen Blindflug in der Integrationspolitik endlich beenden.“

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer gibt in der DREIZEHN Auskunft zum Nationalen Integrationsplan und sieht in der Integration eine zentrale Herausforderung für die Gesellschaft der Bundesrepublik.

DREIZEHN: Im August 2007 sind Sie folgendermaßen zitiert worden: „Die Integration der Menschen aus Zuwandererfamilien ist eine riesige Herausforderung.“ Wie riesig ist jetzt noch die Herausforderung nach einem Jahr NIP?

Im Nationalen Integrationsplan haben Bund, Länder, Kommunen, die wichtigsten Akteure der Bürgergesellschaft und Migrantenorganisationen 400 konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen vereinbart. Sie betreffen schwerpunktmäßig die Bereiche Sprachförderung, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Integration vor Ort und die Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen wird die Integration der 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien, die in unserem Land leben, entscheidend vorangebracht, davon bin ich fest überzeugt.

„Im Bereich der frühen Sprachförderung sind wir schon gut vorangekommen.“

Denn es ist uns mit dem Nationalen Integrationsplan gelungen, erstmals in der Geschichte unseres Landes alle staatlichen und nichtstaatlichen Kräfte für die Integration zu bündeln. Dennoch bleibt die Herausforderung Integration bestehen. Sie ist und bleibt für die kommenden Jahre eine der zentralen Zukunftsaufgaben für unsere gesamte Gesellschaft.

DREIZEHN: Die ersten Fortschritte bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans sind ausgewertet. Wobei sind Ihrer Meinung nach die größten Fortschritte erzielt worden?

Im Bereich der frühen Sprachförderung sind wir schon gut vorangekommen. In allen Bundesländern gibt es inzwischen vor der Einschulung Sprachstandstests und bei Bedarf Sprachförderung. Damit wird erreicht, dass alle Kinder bei der Einschulung gute deutsche Sprachkenntnisse und damit die gleichen Startchancen haben.

Der Bund hat sein wichtigstes Integrationsinstrument, die Integrationskurse, bereits zum 1. Januar 2008 qualitativ und quantitativ entscheidend verbessert. Das Kursangebot wurde von 600 auf 900 Stunden aufgestockt, zudem gibt es jetzt differenzierte Kurse für bestimmte Zielgruppen, etwa für Jugendliche, Frauen und Mütter und Analphabeten. Die Vernetzung der Kursanbieter mit den örtlichen Arbeitsagenturen, Jugendmigrationsdiensten und Kinderbetreuungseinrichtungen funktioniert auch immer besser.

Dreizehn: Wie sieht es mit der Integration in Ausbildung und Beruf aus?

Auch im Bereich Ausbildung verzeichnen wir gute Erfolge. Die Bundesregierung hat zur Unterstützung von Betrieben, die benachteiligten Jugendlichen die Chance auf eine Ausbildung geben, den Ausbildungs-

bonus auf den Weg gebracht. Das kommt vor allem Jugendlichen mit Migrationshintergrund zugute. Mit der BAföG-Reform wurde ausländischen Jugendlichen mit Bleibeperspektive der Zugang zur staatlichen Ausbildungsförderung erleichtert.

Besonders freut mich, dass sich in der Wirtschaft immer mehr die Erkenntnis durchsetzt: Die aktive Förderung von Vielfalt unter den Auszubildenden und Beschäftigten bringt ökonomische Vorteile. Mehr als 350 Unternehmen haben inzwischen die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet. Durch den Wettbewerb „Vielfalt in der Ausbildung“, der im Rahmen meiner Kampagne „Vielfalt als Chance“ durchgeführt wurde, haben wir eine ganze Reihe guter Beispiele publik gemacht hat, die hoffentlich viele Nachahmer finden.

Seit Mai läuft auch die „Aktion zusammen wachsen“. Damit stärken wir das bürgerschaftliche Engagement von ehrenamtlichen Patinnen und Paten für eine bessere Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Ich möchte damit bestehende Initiativen in ihrer Arbeit unterstützen und die Gründung neuer Projekte anregen.

DREIZEHN: In der letzten Dekade sind aber die Erfolgschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei Zugang zur Ausbildung kaum gestiegen. Was muss sich aus ihrer Sicht ändern, damit die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den kommenden Jahren deutlich zunimmt?

Zum einen brauchen wir mehr Betriebe, die diesen Jugendlichen eine Chance geben. Hierfür haben wir den Ausbildungsbonus auf den Weg gebracht. Auch die deutsch-ausländischen Wirtschaftsverbände leisten Hervorragendes. Dank ihrer Überzeugungsarbeit sind immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft bereit auszubilden. Die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern tragen mit speziellen Beratungsangeboten dazu bei, die Ausbildungsbereitschaft dieser

Betriebe zu erhöhen. Zum anderen müssen die Jugendlichen besser auf die Ausbildung vorbereitet werden. Dabei sind in erster Linie die Schulen gefragt. Wir brauchen auch eine noch bessere Vernetzung der Schulen und Betriebe vor Ort. Jugendliche müssen möglichst früh, etwa im Rahmen von Schülerpraktika, auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorbereitet werden und zugleich die Chance erhalten, in den Betrieben ihre Fähigkeiten zu zeigen.

„Einer der Preisträger des Wettbewerbs war ein Ingenieurbüro aus Dortmund, dessen Inhaber seit Jahren ganz gezielt junge Menschen aus Zuwandererfamilien einstellt.“

Am Ende sind es die Entscheider in den Betrieben, die die Potenziale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund erkennen und nutzen müssen. Einer der Preisträger des Wettbewerbs „Vielfalt in der Ausbildung“ war ein Ingenieurbüro aus Dortmund, dessen Inhaber seit Jahren ganz gezielt junge Menschen aus Zuwandererfamilien einstellt. Er hat erkannt, dass diese Jugendlichen oft ganz besonders motiviert und leistungsbereit sind und damit seinem Unternehmen nützen. Solche Beispiele sollten Schule machen.

DREIZEHN: Im Oktober fand der Bildungsgipfel statt. Welche Erwartungen haben Sie an die Schulpolitik im Hinblick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund?

Die Bundesländer sind im Nationalen Integrationsplan eine ganze Reihe wichtiger Selbstverpflichtungen eingegangen: Sprachförderung soll in allen Schulen, auf allen Schulstufen und in allen Fächern als Querschnittsaufgabe eine zentrale Rolle spielen, insbesondere auch in den berufsbildenden Schulen. Schulen mit besonders hohem Migrantanteil sollen besonders gefördert werden, etwa durch mehr Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter/innen sowie kleinere Klassen. Insgesamt wollen die Länder mehr pädagogisches Personal mit Migrati-

onshintergrund ausbilden und einstellen. Interkulturelle Kompetenz soll zum festen Bestandteil der Aus- und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer werden. Die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die eine Realschule oder ein Gym-

„Wir brauchen mehr Betriebe, die diesen Jugendlichen eine Chance geben.“

nasium besuchen, soll in den kommenden Jahren an den allgemeinen Durchschnitt angeglichen werden. Ich appelliere an die Länder, das alles möglichst rasch umzusetzen, denn damit wird sich die Bildungssituation entscheidend verbessern. Darüber hinaus müssen wir flexibel bleiben und schauen, welche Maßnahmen zusätzlich notwendig sind.

DREIZEHN: Wie kann der NIP dazu beitragen, dass die Anstrengungen von Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Eltern sich gegenseitig verstärken?

Wir alle wissen: Bildung beginnt im Elternhaus. Viele Eltern aus Zuwandererfamilien kennen sich aber in unserem Bildungssystem nicht gut genug aus. Wir müssen sie deshalb stärken und noch mehr davon überzeugen, wie wichtig eine gute Bildung für die Zukunft ihrer Kinder in unserem Land ist.

Die Kultusministerkonferenz hat daher mit acht großen Migrantenorganisationen eine Vereinbarung zur Stärkung der Elternarbeit abgeschlossen. Diese verpflichten sich darin, die Zusammenarbeit von Elternhäusern und Bildungseinrichtungen aktiv zu unterstützen und zu fördern. Die Kultusminister setzen sich für mehr Sprachlernangebote für Eltern ein und verstärken ihre Elterninformationen über Bildungsmöglichkeiten in Deutschland. Die Migrantenorganisationen unterstützen die Informationsarbeit der Bildungsverwaltungen, indem sie Eltern in „Elternakademien“ und durch vergleichbare Angebote über das Bildungswesen unterrichten. Die Verbände haben sich außerdem

FACHKRÄFTEPORTAL
DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Jugendpolitik
Kindertagesbetreuung
Kommunikation
Beratung
Jugendsozialarbeit
Europa
Kinderschutz
Migration
Jobs
Arbeitshilfen
Föderalismusdebatte
Veranstaltungstermine
recherchieren
informieren
Rechtsfragen
Projektbeispiele
diskutieren
vernetzen

www.jugendhilfeportal.de

Der Info-Klick für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe ist ein Gemeinschaftsprodukt der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) und IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden (AGJF).

AGJ
IJAB
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
AGJF
Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden

gestaltung: www.blickpunkt.de

verpflichtet, Eltern über die positiven Wirkungen frühkindlicher Bildung in Kindertagesstätten zu informieren und ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten in den Schulen nahe zu bringen.

DREIZEHN: Zwei wichtige Schwerpunkte des NIP sind die Förderung ab dem Kindesalter und die Deutsch-Sprachförderung. Welche weiteren Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn es einen Kinder- und Jugendintegrationsplan gäbe?

Die Integration von Kindern und Jugendlichen ist schon jetzt einer der ganz großen Schwerpunkte im Nationalen Integrationsplan. Wir haben die Themen Sprachförderung, Bildung und Ausbildung in den Mittelpunkt gestellt, um die Chancengleichheit gerade der nachwachsenden Generationen aus Zuwandererfamilien in unserem Land zu verbessern. Insofern braucht es keinen eigenen Kinder- und Jugendintegrationsplan, sondern wir müssen die vereinbarten Maßnahmen nur konsequent umsetzen.

DREIZEHN: Junge Flüchtlinge sind auch nach der Bleiberechtsregelung beim Zugang zu Schule und Ausbildung benachteiligt. Sollte nach Ihrer Meinung die Gesetzeslage verändert werden, und wenn ja, wie?

Mit dem Bleiberecht haben wir gerade für junge Flüchtlinge deutliche Verbesserungen erreicht. Jugendliche ab 14 Jahren, die gut integriert sind, haben durch die Regelung jetzt ein eigenständiges Bleiberecht, auch wenn ihre Eltern ausreisepflichtig sind. Damit haben sie auch einen deutlich besseren Zugang zu Bildung und Ausbildung.

DREIZEHN: Sie haben bei der Erarbeitung des NIP von vornherein Wert gelegt auf die Selbstverpflichtung und die Beteiligung aller relevanten Akteure. Welche Impulse erhoffen sie sich von den nicht-staatlichen Akteuren und insbesondere von der Jugendsozialarbeit?

Integration ist eine zentrale Aufgabe für unsere gesamte Gesellschaft – auf diesem Grundgedanken basiert der Nationalen In-

tegrationsplan, und das ist gleichzeitig sein Erfolgsrezept. Die Selbstverpflichtungen der nichtstaatlichen Akteure sind eine un-

„Ich wünsche mir von der Jugendsozialarbeit, genauso wie von allen anderen Beteiligten am Nationalen Integrationsplan, dass sie ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzt und verstärkt.“

verzichtbare Ergänzung zu den staatlichen Maßnahmen, das gilt auch für die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit. Ich wünsche mir von der Jugendsozialarbeit, genauso wie von allen anderen Beteiligten am Nationalen Integrationsplan, dass sie ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzt und verstärkt. Denn gerade eine gelingende Integration von Kindern und Jugendlichen ist entscheidend für die Zukunft unseres ganzen Landes.

DREIZEHN: Wie wird es mit dem Nationalen Integrationsplan weitergehen nach der ersten Bilanz?

Auch wenn wir schon jetzt gute Erfolge bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans verzeichnen können, werden eine ganze Reihe von Maßnahmen erst in einigen Jahren ihre volle Wirkung entfalten. Das bedeutet, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen. Die Aktivitäten im Rahmen des Nationalen Integrationsplans müssen in jedem Fall über das Ende der Legislaturperiode hinaus weitergeführt werden. Sehr wichtig ist mir auch, dass der Stand der Integration und der Erfolg integrationspolitischer Maßnahmen künftig anhand objektiver Kriterien nachvollziehbar sein wird. Ich habe dem Bundeskabinett Anfang Juni 100 Integrationsindikatoren vorgelegt. Sie dienen als Grundlage für einen indikatorengestützten Integrationsbericht, der in Zukunft regelmäßig vorgelegt werden soll. Denn wir müssen den jahrzehntelangen Blindflug in der Integrationspolitik endlich beenden. ■

Fragen: Katharina Fournier (BAG EJSA),
Andrea Pingel, Marcus Vogt



Foto: Bundesregierung

ZUR PERSON:

Die CDU-Politikerin Prof. Dr. Maria Böhmer ist seit November 2005 Staatsministerin beim Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Seit Februar 2000 ist sie stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion.



Alle Fotos: Matthias Steffen

Lokale Strategien für die soziale Integration junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Eine beträchtliche Zahl von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bleibt zurzeit ohne Schulabschluss und findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung. Die Frage lautet daher, welchen Beitrag lokale Strategien für die Integration junger Menschen in (weiterführende) Bildung, Ausbildung und in das Beschäftigungssystem leisten können.

Das Problem fehlender Abschlüsse und der Zugangsbarrieren zu weiterführender Bildung und Ausbildung ist kein migrationspezifisches, aber Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in besonderer Weise davon betroffen (vgl. Granato 2003; Bartelheimer 2005; Stanat 2008). Wir haben es in diesem Fall mit gefährdeter sozialer Integration zu tun (vgl. Bartelheimer 2004).

In der einschlägigen Fachdiskussion erscheint unstrittig, dass die zentrale Herausforderung darin besteht, die Inklusions-

funktion der Schule zu stärken (vgl. Radtke u. a. 2005). Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und damit von Wohlstand von genügend gut ausgebildeten Menschen erscheint die gezielte Ausschöpfung des bisher vom Schulsystem ungenutzten Qualifikationspotentials von Kindern und Jugendlichen (mit Migrationshintergrund) ohne wirkliche Alternative. Niedrige oder fehlende Schulabschlüsse beeinträchtigen die Teilhabe- und Teilnahmekancen der „Modernisierungs-“ bzw.



„Migrationsverlierer“ an der Gesellschaft. Inklusionshilfe muss aber im Sozialstaat gerade von der Schule erwartet werden, weil diese Aufstiegschancen eröffnet oder verschließt (vgl. Solga 2005). Erforderlich sind bildungspolitische Maßnahmen, die Struktur, Inhalte und Methodik des Bildungsangebots im Umgang mit leistungsheterogenen Schülerpopulationen betreffen, um die begründet angenommenen Bildungspotentiale (Mehrsprachigkeit, Migrationserfahrungen) erschließen zu können (vgl. Radtke u. a. 2005). „Zu gewährleisten ist die Qualität eines differenzierten Bildungsangebotes, das auf die besonderen Voraussetzungen und Bedürfnisse der Migrantenkinder im Lern- und Bildungsprozess reagiert, weil sich zeigen lässt, dass gerade die Gleichbehandlung von Ungleichem zu immer neuer Ungleichheit führen kann. Alle Maßnahmen, die der strukturellen Integration von Benachteiligten durch formalen Schulerfolg dienen sollen, müssen zugleich auf Gerechtigkeitsnormen aufbauen (gemeint ist: basieren – Anm. Red.), die allein auf Dauer auch den sozialen Zusammenhalt gewährleisten und die Kosten des Auseinanderfalls der lokalen Gesellschaft begrenzen können“ (Radtke u. a. 2005:10). Die interkulturelle Öffnung der Schule ist in diesem Zusammenhang unverzichtbar (Gogolin 2007). Zu dieser gehört nicht zuletzt der angemessene Umgang mit (lebensweltlicher) Zweisprachigkeit als Bildungsvoraussetzung. Interkulturelle Erziehung und Bildung ist als Schlüsselqualifikation für Jede und Jeden zu verstehen und zugleich als Querschnittsaufgabe, die

Schule als Institution und die Lehrenden mit einbezieht.

Die Sprachförderung zweisprachig lebender Kinder mit Migrationshintergrund muss – so die unbestrittene Erkenntnis – kontinuierlich, über längere Dauer und an der Bildungsbiographie entlang angelegt sein. Konkreter: Sprachbildung und Sprachförderung müssen Aufgabe eines jeden Unterrichts bzw. einer jeden Förderung sein. Zur Weiterentwicklung sprachlicher Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bedarf es der Kooperation lokaler Gemeinschaften und Institutionen (Migrantenorganisationen, Bibliotheken, Eltern, Vereine usw.) im Rahmen eines „Gesamtsprachencurriculums“. Und schließlich ist darauf zu achten, dass die Sprachbildung und Sprachförderung an den Schwellen und Übergängen des Bildungssystems nicht abreißt (vgl. Gogolin 2007; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007).

Sprachbildung und Sprachförderung müssen Aufgabe eines jeden Unterrichts bzw. einer jeden Förderung sein.

Um die Bildungserfolgchancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber auch von solchen aus benachteiligten Lebenslagen ohne Migrationshintergrund verbessern zu können, bedarf es weiterer Maßnahmen, die die gesamten Sozialisationsbedingungen in den Blick nehmen (vgl. Gogolin u. a. 2003). Die



ausschließliche Konzentration auf (frühe) Sprachförderung greift zu kurz. Familienförderung und Familienbildung (vgl. BMFSFJ 2005), etwa in der Regie von Familienzentren, Unterstützungsangebote jenseits des

Gebraucht werden integrierte Konzepte und Strategien auf der lokalen Ebene, die neben den klassischen bildungspolitischen Akteuren auch Jugendhilfeakteure einbinden.

Unterrichts, vor allem aber die „echte“ Ganztagsschule, können als Erfolg versprechende Möglichkeiten angesehen werden. Diese nützen vor allem strukturell benachteiligten Kindern und Jugendlichen und somit auch jungen Migrantinnen und Migranten.

Gebraucht werden integrierte Konzepte und Strategien auf der lokalen Ebene, die neben den klassischen bildungspolitischen Akteuren auch Jugendhilfeakteure wie z. B. die Jugendsozialarbeit und – mit Blick auf den Übergang zwischen Schule und Beruf – auch arbeitsmarktpolitische Akteure¹ sowie weitere Akteure wie etwa Vereine einbinden (vgl. Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern 2005; BMFSFJ 2005; Filsinger 2006; Filsinger/Adam 2007). Dabei müssen diese Akteure sowohl die ökonomische, als auch die kulturelle und soziale Entwicklung von benachteiligten Stadtteilen bzw. Quartieren im Blick haben (vgl. Regiestelle SPI 2004). Neben Maßnahmen der äußeren und inneren Schulreform wird eine kommunale

und sozialräumliche Bildungsstrategie benötigt. Sozialräumliche Entwicklungsstrategien müssen Strategien des „Aufstiegs durch Bildung“ sein, die sowohl die schulischen und beruflichen Abschlüsse, als auch die Kompetenzen der jungen Menschen thematisieren. Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht (vgl. BMFSFJ 2005) bietet mit seinem breiten Bildungs- bzw. Kompetenzansatz genügend Anregungspotential für eine solche Strategie, in dem er zwischen Bildungsorten und Lernwelten, zwischen formaler, informeller und informeller Bildung unterscheidet und eine wesentlich bessere Verknüpfung von diesen anmahnt. Schließlich regt er an, Bildung weniger oder zumindest nicht ausschließlich aus der Perspektive der Institutionen zu betrachten, sondern verstärkt die Bildungsbiographien und die Bildungsbedingungen als Voraussetzung in den Blick zu nehmen, um auch Benachteiligten Chancen auf eine individualisierende Bildung zu eröffnen (vgl. Roth 2007).

Die Ganztagsschulen bzw. die Ganztagsbildung, die Schulsozialarbeit/Schulsozialpädagogik mit einbezieht, werden damit zwingend zu Leitkonzepten. Dies bedeutet, dass es vor allem darum gehen muss, die Bildungsinfrastruktur in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren zu qualifizieren. Das wiederum heißt, dass die unterschiedlichen Akteure im Bildungsgeschehen (inklusive der Migrantenorganisationen) – gleich auf welcher Ebene sie agieren – in eine gemeinsame Strategie eingebunden werden müssen. Die Bildungspotentiale in den Familien, in der außerschulischen Jugend-

¹ Es müsste schließlich im Interesse der Unternehmen und Betriebe sein, einen eigenen Beitrag zur Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in Beschäftigung und Arbeitsmarkt zu leisten.



arbeit sowie der Kinder- und Jugendhilfe sind dabei ebenso verstärkt in den Blick zu nehmen, wie die Handlungsspielräume der städtischen Schulträgerschaft, wenn es etwa um die Regulierung des Zugangs zu den Grundschulen geht (vgl. Radtke u. a. 2005). Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hat in diesem Zusammenhang den „Aufbau kommunaler Bildungslandschaften“ angeregt, „damit im kommunalen Raum ein kohärentes Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung Realität wird“ (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2007:1). Die Voraussetzungen für ein solch anspruchsvolles Vorhaben sind vor dem Hintergrund hoch differenzierter Zuständigkeit und Domänen beträchtlich.

Die Herausforderung für die lokale Ebene besteht vor allem darin, mit einem „Mehrebenensystem“ mit unterschiedlichen Zuständigkeiten (Domänen) bezüglich Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung zurecht zu kommen und die Handlungsspielräume und die eigenen Kompetenzen entscheiden zu nutzen, um eine eigene kommunale Strategie im Sinne einer „Mehrebenenpolitik“ (local governance) zu entwickeln und zu implementieren. Vernetzung ist dabei ein (methodisches) Schlüsselkonzept. Wenn integrierende und integrative Ansätze eine Chance erhalten sollen, dann wird es vor allem um die Herstellung von Netzwerken mit dem Ziel des (interkulturellen) Kompetenztransfers gehen müssen: zwischen Jugendhilfe und Schule, zwischen Arbeitsagenturen/ARGen und Migrationsdiensten,

um nur einige wichtige Akteure zu nennen. Überdies erscheint es ratsam, den Beitrag von Migrantenorganisationen für das gesellschaftliche und soziale Zusammenleben angemessen wahrzunehmen und deren In-

Zu einer pragmatischen, streitbaren, „konfliktuellen“ Zusammenarbeit gibt es keine ernsthafte Alternative.

tegrationspotentiale zu nutzen, wobei sich das Integrationspotential nur fallspezifisch, d. h. lokal genauer bestimmen lässt. Zu einer pragmatischen, streitbaren, „konfliktuellen“ Zusammenarbeit gibt es keine ernsthafte Alternative.

Eines muss aber herausgestellt werden: Das lokale Problemlösungs- bzw. Entwicklungspotential ist zwingend auf eine entgegenkommende staatliche Bildungs-, Sozial- und Beschäftigungspolitik angewiesen. Soziale Mobilität und Leistungswilligkeit von jungen Migrantinnen und Migranten müssen durch den Abbau struktureller Schranken unterstützt werden. Erforderlich ist demnach vor allem eine Politik, die den Ungleichheitstendenzen im Bildungssystem, auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt entgegenwirkt – also eine Sozialpolitik im umfassenden Sinne, die letztlich auch die Teilhabechancen von (benachteiligten) einheimischen Bevölkerungsgruppen verbessert, zumindest aber den sozialen Abstieg vermeidet (vgl. Hoffmann-Nowotny 2000; Schulte 2006). ■

DER AUTOR:

Prof. Dr. Dieter Filsinger lehrt an der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit Saarbrücken (KHSa) und an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW).

E-Mail:
filsinger@khsa.de

Literatur

- Bartelheimer, Peter (2004). Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung als Leitbegriffe der Sozialberichterstattung. SOFI-Mitteilungen, Heft 32, S. 47-61.
- Bartelheimer, Peter (2005). Migration. In: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI)/u. a. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 351-379.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): 7. Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2005). Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin: BMFSFJ.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2007): Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften. www.deutscher-verein.de.
- Filsinger, Dieter (2006): Strategien zur erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. In: Regiestelle SPI (Hrsg.): Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen. Dokumentation zum Fachforum vom 26. bis 27. Juni 2006. Berlin: www.eundc.de. S. 9-12.
- Filsinger, Dieter/Adam, Andrea (2006): Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Sportvereinen des Stadtverbands Saarbrücken. Saarbrücken: Stadtverband Saarbrücken.
- Gogolin, Ingrid (2007): Sprachförderung von Migrantenkindern und -jugendlichen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. WISO-Diskurs. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. 18-24.
- Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula/Roth, Hans-Joachim (2003): Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Bonn: Bund-Länder-Kommission (BLK). Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung. Heft 107. Bonn: BLK.
- Granato, Mona (2003): Jugendliche mit Migrationshintergrund – auch in der beruflichen Bildung geringere Chancen? In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Integration durch Qualifikation. Bonn. 29-48.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (2000): Migration, soziale Ungleichheit und ethnische Konflikte. In: Gogolin/Nauck (Hrsg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER. Opladen: Leske & Budrich. S.157-178.
- Radtke, Frank-Olaf/Hullen, Maren/Rathgeb, Kerstin (2005): Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement. Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS). Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft. Forschungsberichte 6. Frankfurt am Main: Johann Wolfgang-Goethe-Universität.
- Regiestelle SPI (Hrsg.) (2004): Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen. Dokumentation zur Europäischen Fachkonferenz vom 23. bis 25.11.2004. Berlin: E&C (www.eundc.de)
- Roth, Roland (2007): Bildungs- und jugendpolitische Handlungsansätze in Kommunen. Gute Praxisbeispiele aus dem Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schulte, Axel (2006): Integrationspolitik – ein Beitrag zu mehr Freiheit und Gleichheit in der Einwanderungsgesellschaft? In: Baringhorst/Hunger/Schönwälder (Hrsg.): Politische Steuerung von Integrationsprozessen. Intentionen und Wirkungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 27-60.
- Solga, Heike (2005): Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus ökonomischer und soziologischer Perspektive. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Stanat, Petra (2008): Heranwachsende mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungswesen. In: Cortina/Baumert/Leschinsky/Mayer/Trommer (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Der neue Bericht des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 685-744.



Ein Analyseversuch am Beispiel LOS

Wie integrativ ist soziale Arbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund?

Programme haben Potentiale und entfalten Wirkungen. Auch bei Fördermaßnahmen für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen bleibt die Frage, wie Wirkungen und Potentiale bewertet werden können. Der Beitrag stellt anhand der aktuellen wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS“ dar, nach welchen Prämissen eine sinnvolle Bewertung vorgenommen werden kann.

In den 90er Jahren verschärften sich soziale Problemlagen segregierter Stadtteile in deutschen Großstädten. Dies führte zur Auflage des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ließ ergänzend dazu das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) für die betroffenen Stadtteile umsetzen. So sollten Ressourcen ressortübergreifend gebündelt werden, um Chancen der dort lebenden Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Zunächst war LOS also ein Teil der Programmplattform E&C, seit Anfang 2007 ist es jedoch ein eigenständiges Programm. Es verfolgt das Ziel, die soziale und berufliche Integration von allen Stadtteilbewohnern/-innen zu verbessern, die strukturell benachteiligt sind.

Eine wesentliche, durch LOS zu fördernde Gruppe sind sozial benachteiligte Jugendliche, insbesondere Aussiedler/-innen und Migranten/-innen, die in den westdeutschen Programmgebieten die Mehrheit dieser Gruppe ausmachen. Auf Basis der bisherigen Ergebnisse sowie aktueller Befunde kann eingeschätzt werden, dass mehr als die Hälfte der über 5.000 ausgewerteten LOS-Mikroprojekte integrationsfördernde Maßnahmen für Jugendliche mit Migrationshintergrund angeboten haben (vgl. Hoffmann, 2006).

Obwohl LOS Teil der europäischen Beschäftigungsstrategie ist und zudem unter die Maßnahme 11 (Kleinprojekte zur Förderung der lokalen Beschäftigungsentwicklung) des Europäischen Sozialfonds (ESF) fällt, kann das integrative Potenzial von LOS nicht allein dadurch ermessen werden, wie viele jugendliche Migranten/-innen in Ausbildung

und Beschäftigung vermittelt werden. Denn die konkrete LOS-Förderlogik ist nicht primär auf beschäftigungswirksame Maßnahmen gerichtet, sondern hebt auf die Vielfältigkeit der lokalen Problemlagen ab. In einer Bewertung muss berücksichtigt werden, welche inhaltlichen Bedarfe und strukturellen Voraussetzungen in den LOS-Gebieten gegeben sind. Auch ist zu beachten, dass die jugendlichen Migranten/innen in individuell unterschiedlichem Maße und, in verschiedenen Kontexten, von sozialer Ausgrenzung und Desintegration betroffen sind.

Literatur

Hoffmann, J./A. Löbert (2006): Auswertung empirischer Daten aus Lokalen Aktionsplänen und Mikroprojekt-Stammblätern I und II im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von E&C und LOS. Berichtspapier.

Otto, H.-U. (2007): What Works? Expertise zum aktuellen Diskurs um Ergebnisse und Wirkungen im Feld der Sozialpädagogik und Sozialarbeit. AGJ, Berlin.

Sen, A.K. (1985): *Commodities and Capabilities*. Amsterdam.

Es fehlen also klare und einheitlich messbare Kriterien, weshalb eine generelle Einschätzung der Integrationswirkungen von LOS sehr schwierig ist. Hilfreich ist jedoch die konsequente Perspektive aus der Sicht der Adressaten/innen bzw. Teilnehmenden der LOS-Mikroprojekte. Dabei stehen die indi-

Handlungs- und Daseinsmöglichkeiten (Capabilities) und damit ihre realen Freiheiten im Rahmen von zentralen Verwirklichungschancen zu erweitern.“ (Otto, 2008, S.17).

Es ist z. B. wichtig zu erfahren, ob ein LOS-Kurs zum Spracherwerb die Jugendlichen tatsächlich befähigt, Bewerbungen in Zukunft selbst zu schreiben. Ein anderes Beispiel ist die positive Hervorhebung von Kompetenzen und Fähigkeiten, die besonders bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgeprägt sind, z. B. erzieherische und betreuende Kompetenzen, die diese Jugendlichen oft aufgrund ihrer Familiensituationen haben. LOS-Projekte können hier zu einer positiven Selbstwahrnehmung der Jugendlichen führen, was wiederum deren eigene Handlungschancen verbessert. Es geht darum, empirische Hinweise hinsichtlich derartiger Wirkungsaspekte der Programmumsetzung aus Sicht der Adressaten/innen zu ermitteln. Grundlegend ist dem Capability-Ansatz die Annahme, dass jedes Individuum seine Daseinsmöglichkeiten selbst verbessern möchte. Auf die jugendlichen Migranten/innen bezogen bedeutet dies, dass sie sich sozial integrieren möchten. Statt der Defizite der Jugendlichen befinden sich ihre Ressourcen im Fokus. Wie die Jugendlichen ihre Integrationschancen nutzen, hängt in hohem Maße von den geförderten Maßnahmen und Angeboten sowie den strukturellen Rahmenbedingungen ab.

LOS wird in dieser Perspektive als Programm zur Ermöglichung von Handlungsspielräumen und Erweiterung von Verwirklichungschancen angesehen. Das Programm über die Mikroprojekte in den LOS-Stadtteilen umzusetzen, ist als Bestandteil struktureller Rahmenbedingungen zu betrachten, die den Adressaten/innen dabei helfen, ihre eigenen Fähigkeiten und Ressourcen besser auszuschöpfen.

LOS-Integrationspotenziale werden demnach auf zwei Ebenen abgebildet und bewertet:

a) In den personenbezogenen Aspekten wird die Gesamtheit der individuellen Effekte erfasst, um soziale Integration zu fördern,

LOS-Projekte können hier zu einer positiven Selbstwahrnehmung der Jugendlichen führen

viduellen Capabilities, die Verwirklichungschancen der einzelnen Jugendlichen (vgl. Sen, 1985), im Blickpunkt. In dieser Perspektive werden die Wirkungen der LOS-Mikroprojekte nicht dahingehend bewertet, was die Jugendlichen nach Abschluss der Projekte konkret tun und was sich hinsichtlich vorab geklärter Ziele beurteilen lässt. Es geht darum, ihren „tatsächlichen Raum an

z. B. durch Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen, Bildungsbefähigung durch Spracherwerb, Heranführung an Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt, berufsorientierende Maßnahmen, schulische Maßnahmen, Weiterbildung und Qualifizierung durch Praktika, Trainingsmaßnahmen (Bewerbung, Kommunikation, Konfliktbewältigung, etc.)

b) Die strukturbezogenen Aspekte bilden die Gesamtheit der strukturellen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen der Angebote ab, die die benachteiligten Jugendlichen nutzen können („Gelegenheitsstrukturen“), z. B. um Angebote besser zu vernetzen, um differenzierte Trägerstrukturen zu etablieren, zu erhalten oder auszubauen, um zielgruppengenaue und bedarfsgerechter integrative Angebote der sozialen Arbeit zu ermöglichen sowie um Gemeinwesenarbeit, Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt zu fördern.

Eine Bewertung der LOS-Integrationspotenziale für jugendliche Migranten/innen muss auf der Basis der empirischen Abbildung

von Wirkungen auf diesen beiden Ebenen erfolgen. Dies erfordert in erster Linie den Zugang zu den Teilnehmer/innen der Projekte sowie die Kenntnis der inhaltlichen Angebote und strukturellen Rahmenbedingungen der jeweiligen lokalen Umsetzung. Die aktuelle wissenschaftliche Begleitung von LOS versucht, die Möglichkeiten der empirischen Abbildung dieser komplexen Sachverhalte auszuloten, indem sie erstmals eine Adressatenbefragung in ausgewählten Mikroprojekten durchführt. Dabei wurde eine offene Gesprächssituation mit den Teilnehmern/innen durch die Organisation von Gruppendiskussionen herbeigeführt. Im Anschluss füllten die Jugendlichen einen Kurzfragebogen zu den Effekten der Projekte aus. Die notwendigen Informationen auf der Träger- bzw. Projektebene sowie die übergreifenden stadtteilbezogenen Effekte werden durch standardisierte Fragebögen erhoben. Die ermittelten Ergebnisse werden ausgewertet und die angesprochenen Aspekte berücksichtigt. Mit Zwischenergebnissen ist Ende 2008 zu rechnen. ■

¹ Das Konzept der „Gelegenheitsstrukturen“ stammt ursprünglich aus der Protest- und Bewegungsforschung und beschreibt strukturelle Situationen, in denen es eher zu Protesthandlungen kommt oder eher nicht. Es ist anwendbar auf alle Konzepte und Theorien kollektiven und individuellen Handelns, so auch im Kontext des dargestellten Capability-Ansatzes.

DIE AUTORINNEN:

Susann Burchardt und Tatjana Mögling sind wissenschaftliche Referentinnen am Deutschen Jugendinstitut (DJI).

E-Mail: burchardt@dji.de bzw. mogling@dji.de



Zeitschriften
Broschüren
Kataloge
Plakate
Faltblätter
Design und Layout
Anzeigenakquise für Kundenobjekte

CD-Programmierung
Internet-Präsenzen-Fullservice
CD-ROM-Produktionen nach Master-CD
Individuelle EDV-Programmerstellung
Verpackungen und außergewöhnliche Produktionen

kompetent → schnell → kostengünstig → zuverlässig

DCM Druck Center Meckenheim GmbH
Eichelnkampstraße 2
53340 Meckenheim
Telefon 0 22 25 / 88 93 - 5 50
Telefax 0 22 25 / 88 93 - 5 58
E-Mail dcm@druckcenter.de

DCM
www.druckcenter.de

Die Selbstverpflichtungen der Träger der Jugendsozialarbeit im Nationalen Integrationsplan

Pflicht oder Kür?

Sie stehen im Mittelpunkt des Nationalen Integrationsplans (NIP): Die rund 400 Selbstverpflichtungen, die sich Bund, Länder und Kommunen sowie die nicht-staatlichen Organisationen auferlegt haben. Drei Verpflichtungen sind die Träger der Jugendsozialarbeit eingegangen.

Mit den Selbstverpflichtungen soll die Querschnittsaufgabe Integration in den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Feldern verankert werden. Auch die Träger der Jugendsozialarbeit haben 2007 im Themenfeld „Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt“ den Nationalen Integrationsplan mitentwickelt und drei Selbstverpflichtungen übernommen:

1. Initiierung und Begleitung der interkulturellen Öffnung der Träger der Jugendsozialarbeit
2. Erhöhung des Anteils an Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund und Berücksichtigung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in allen Maßnahmen
3. Verstärkung der Kooperation mit Migrantenorganisationen

Bei der interkulturellen Öffnung geht es um den Beitrag, den auch soziale Einrichtungen leisten müssen, damit junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht durch herkunftsbedingte Benachteiligungen ausgebremst werden. Sie muss in der Personalentwicklung und in den pädagogischen Konzepten der Einrichtungen verankert werden. Interkulturelle Öffnung ist aufgrund der demografischen Entwicklung genauso wie „Gender Mainstreaming“ eine Frage der Professionalität von Jugendsozialarbeit. Die Träger müssen sich mit ihren Angeboten an den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen orientieren, die zunehmend unterschiedliche familiäre und kulturelle Lebensweltbezüge und Ressourcen mitbringen. Dass interkulturelle Öffnung nun in einer politischen Strategie verankert ist, wird den Umsetzungsprozess nur gering beeinflussen, da sich die meisten Einrichtungen schon seit einigen Jahren damit befassen. Teils ist die Öffnung schon umgesetzt oder der Öffnungsprozess hat bereits begonnen. Der NIP und die Landesintegrationspläne unterstützen diesen Prozess:

Sie erzeugen einen öffentlichen Erwartungsdruck und andere Organisationen werden animiert, ähnliche Prozesse in Gang zu setzen.

Durch die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen wird die interkulturelle Weiterentwicklung der Jugendsozialarbeit zusätzlich unterstützt. Da Migrantenorganisationen selbst als Träger von Angeboten aktiv sind, entsteht ein gegenseitiger Lerneffekt: Für die Träger im Hinblick auf die Interessen und Lebenslagen der jungen Menschen, für die Migrantenorganisationen bezüglich Aufbau und Finanzierung hauptamtlicher Organisationsstrukturen. Die Kooperation ist für viele Einrichtungen schon alltäglich. Durch die Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene sollen die Belange von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besser vertreten und repräsentiert werden. Die politische Integration von Migrantenorganisationen als zivilgesellschaftliche Kräfte ist eine Voraussetzung, um Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund zu verwirklichen.

Die Herausforderungen, die die Träger der Jugendsozialarbeit lösen wollen, wurden nicht erst durch den NIP entdeckt. Es handelt sich um langfristige Prozesse, deren Umsetzung mehr als eine Legislaturperiode Zeit braucht. Die Errungenschaft des NIP ist, dass er die Vorhaben bündelt und die wichtigsten Integrationsakteure mobilisiert, zu denen auch die Träger der Jugendsozialarbeit gehören. Mit ihren zielgruppenspezifischen Angeboten wie den Jugendmigrationsdiensten und außerschulischen Bildungsangeboten unterstützen sie den Schul- und Ausbildungserfolg der jungen Menschen. Diese Angebote haben zugleich präventiven Charakter und sollen dazu beitragen, den überdurchschnittlichen Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund in anderen Arbeitsfeldern der Jugendsozialarbeit zu sen-

Angebote für die Jugendmigrationsdienste zur Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit

Webportal für die Jugendmigrationsdienste („JMD-Portal“)

Ziele:

- Web-Präsentation der rund 400 Jugendmigrationsdienste in Deutschland
- Beschreibung der JMD-Angebote zur sprachlichen, schulischen, beruflichen und sozialen Integration
- Darstellung der JMD-Bundesmodellprojekte „Freiwilligendienste“ und „Ausbildungsorientierte Elternarbeit“
- Nutzung: Knapp 300.000 Seitenaufrufe im ersten Halbjahr 2008

Service:

- Response bei Fragen und Problemen innerhalb von 24 h (an Werktagen)
- Workshops zur Nutzung des JMD-Portals

Besonderheiten:

Interne Kommunikationsplattform für JMD-MitarbeiterInnen (trägerübergreifend) zum professionellen Erfahrungsaustausch und zur Datenerhebung, u. ä.

Weitere Infos:

www.jugendmigrationsdienste.de
info@jmd-portal.de



Wanderausstellung „anders? – cool!“

Multimediale Ausstellung zur Lebenssituation junger Menschen mit Migrationshintergrund

Ziel:

Unterstützung der JMD-Arbeit durch die Förderung der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit

Zeitraum: 2-wöchentlich, ganzjährig

Entleihe: kostenfrei

Aufwand des örtlichen Veranstalters:

- Präsentation von «anders? – cool!» unter Einbeziehung der Netzwerkpartner
- Organisation der Eröffnungsveranstaltung mit Einladung von Schule, Politik und Presse

Erfahrung:

- Seit dem Jahr 2000 ca. 175 Ausstellungsorte bundesweit
- In den letzten zwei Jahren mehr als 20.000 Besucher/innen

Weitere Infos:

www.anders-cool.de
anders-cool@jmd-portal.de

Kontakt: Jürgen Hermann (Referent Migration)
 E-Mail: hermann@bagejsa.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische
 Jugendsozialarbeit e.V. (BAG EJSa)
www.bagejsa.de

ken. Die Mobilisierung, die der NIP erreicht, wird jedoch nur von Dauer sein, wenn auch die sozial- und bildungspolitischen Teilhabemöglichkeiten von Familien mit Migrationshintergrund verbessert werden.

Für eine solide Strategie fehlt es auch noch an einer pragmatischen Definition, was Integration leisten soll. Im Rahmen des NIP könnte eine solche Definition erarbeitet werden. Auch sollten bisher vernachlässigte politische und rechtliche Rahmenbedingungen stärker in die politische Diskussion eingebracht werden. Hierzu zählen die strategische Ausrichtung der integrationspolitischen Maßnahmen, wie sie derzeit im bundesweiten

Integrationsprogramm erfolgt, sowie die Auseinandersetzung mit den sozialen und aufenthaltsrechtlichen Regelungen, die junge Menschen mit Migrationshintergrund benachteiligen. ■

DIE AUTORIN:

Katharina Fournier koordiniert als Referentin bei der BAG Evangelische Jugendsozialarbeit den Themenschwerpunkt Migration/Integration für den Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit.

E-Mail: fournier@bagejsa.de

**Ngày chủ nhà
mở cửa bán hàng**
Vào ngày 5 tháng mười tất cả
có mở cửa bán hàng từ 13 đến

Hãy đạt được v đẹp mà bán m

Interkulturelle Öffnung: Mehr als Sprachkenntnisse

Alle Fotos: Marcus Vogt

Ein Schlagwort geistert seit Jahren durch die Welt der sozialen Arbeit: interkulturelle Öffnung. Welche Anforderungen dadurch an die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit gestellt werden, zeigt sich erst im Gespräch mit dem JMD. Sicher ist eins: Sprachkompetenz – im besten Fall das Beherrschen von Sprachen in Wort und Schrift – kann nur ein Teil davon sein.

Interkulturelle Öffnung umfasst zwei Ebenen: Auf der einen Ebene werden die Arbeitsprozesse und Rahmenbedingungen der Organisation überprüft. Hierzu gehören die Öffnungs- und Arbeitszeiten, die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft, die Gestaltung der mehrsprachigen Öffentlichkeitsarbeit, die Bedarfsorientierung und die Zugangsmöglichkeiten für die Zielgruppen. Auf der zweiten Ebene der sozialpädagogischen Arbeit mit jungen Menschen spielen

die persönlichen Kompetenzen der Fachkräfte eine zentrale Rolle: Diese umfassen die persönliche Einstellung, das Reflektionsvermögen und auch Sprachkenntnisse. Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterschaft ist noch nicht gleichbedeutend mit interkultureller Öffnung. Sie lässt sich jedoch durch eine interkulturelle Einstellungs- und Personalpolitik fördern und ist Bestandteil aller interkulturellen Öffnungsprozesse.



Wer Vietnamesisch versteht, ist auch in Berlin klar im Vorteil, vor allem, wenn es um Werbung für „Dein Traumoutfit im Wert von 3.000 Euro am verkaufsoffenen Sonntag“ geht. Doch interkulturelle Öffnung benötigt mehr als nur Sprachkenntnisse: Empathie, eine klare eigene Identität sowie eine große Frustrationstoleranz sind notwendige Voraussetzungen.

Interkulturelle Öffnung ergibt sich also weitgehend aus der Summe der oben genannten Faktoren und wird über mehrere Jahre als top-down-Prozess implementiert.

Peter Botzian und Annette Sailer vom Caritas Jugendmigrationsdienst (JMD) Berlin-Lichtenberg weisen auf drei Grundvoraussetzungen für interkulturelle Öffnung hin: Empathie, klare eigene Identität und große Frustrationstoleranz.

Empathie ist die Kompetenz, die in jeder Beratung notwendig ist, nicht nur im interkulturellen Kontext. Es ist die Fähigkeit, sich in den Anderen hineinzuversetzen – also Einfühlungsvermögen. Interkulturelle Öffnung bedeutet im Klartext bereit zu sein, sich auf etwas Fremdes einzulassen. Grundlage für dieses Einlassen ist jedoch, dass Fachkräfte sich ihrer Stärken, Schwächen, Gefühle und Unsicherheiten bewusst sind und damit eine klare Identität fühlen. Oder wie es Annette Sailer ausdrückt: „Wenn ich mich selber sicher fühle, muss ich keine Angst vor dem Fremden haben.“ Und da es immer wieder Situationen gibt, die Fachkräfte an ihre

Grenzen bringen, ist die Frustrationstoleranz wichtig. Das Aushalten von Angst, Unsicherheit, Fremdheit und Nicht-Wissen.

Interkulturelle Öffnung bedeutet im Klartext bereit zu sein, sich auf etwas Fremdes einzulassen.

Denjenigen, die vorwiegend die Sprachkompetenz als wichtigstes Kriterium für interkulturelle Kompetenz ansehen, widerspricht Peter Botzian eindeutig. „Selbst alle JMD in Berlin zusammengenommen sind nicht in der Lage, alle Sprachen abzudecken. Es ist einfach utopisch zu denken, dass das machbar ist“, erklärt er und denkt dabei an asiatische Sprachen und Dialekte aus Vietnam, China, Indien oder Pakistan, die bislang von Fachkräften kaum oder gar nicht abgedeckt würden. Und trotzdem kommen junge Menschen auch aus diesen Ländern zu den Jugendmigrationsdiensten. So schlecht kann es also um die interkulturelle Öffnung in den JMD nicht bestellt sein. ■

Marcus Vogt/Katharina Fournier (BAG EJSa)



Das Grünbuch der Europäischen Kommission:

Mehr Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund

Foto: Matthias Steffen

Nachdem der Europäische Rat die Mitgliedstaaten bereits im März 2008 aufgefordert hat, das Qualifikationsniveau von Lernenden mit Migrationshintergrund anzuheben, hat die Europäische Kommission Anfang Juli 2008 das Grünbuch „Migration & Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme“ vorgelegt. An den Debatten zum Grünbuch muss sich die Jugendsozialarbeit beteiligen.

Die Kommission reagiert mit dem Grünbuch auf neue Anforderungen an die Bildungspolitik der Mitgliedstaaten infolge von Einwanderung und EU-interner Mobilität. Im Mittelpunkt dieses Buchs steht insbesondere die Frage, wie eine Ausgrenzung im schulischen Bereich vermieden und somit mehr Chancengleichheit im Bildungswesen erreicht werden kann. In der Analyse und im begleitenden Arbeitsdokument belegt das Grünbuch an zahlreichen Beispielen, dass die Bildungsleistungen von Migrantenkindern schlechter sind als die Gleichaltriger.

Die Kommission verweist auf die Ergebnisse der PISA-Studie und hebt einen Sachverhalt deutlich hervor, der für bildungspolitische Entscheidungsträger/innen von besonderem Interesse ist. In einigen Ländern haben sich in allen drei Kompetenzbereichen – Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften – die Leistungen der Migrantenschüler/innen der zweiten Generation gegenüber denen der ersten Generation verschlechtert.

Dies bedeutet, dass es dem Bildungssystem nicht gelingt, als integrierende Kraft zu

fungieren, dass sich die wachsenden Bildungsunterschiede verfestigen und die soziale Ausgrenzung von Migranten/innen noch verstärken. Darüber hinaus spricht einiges dafür, dass sich die Tendenz zur Trennung nach sozioökonomischen Merkmalen noch verstärkt, da sozial besser gestellte Eltern oftmals ihre Kinder aus Schulen mit hohem Migrationsanteil herausnehmen. Die Unterschiede zwischen den Schulen nehmen immer mehr zu.

Die Kommission will über die Bildungssituation von Kindern mit Migrationshintergrund das Nachdenken über eine Verbesserung der Bildungssysteme in den Mitgliedstaaten anstoßen. Im Grünbuch, das eine öffentliche Konsultation einleitet, werden entsprechende Fragen gestellt nach den wichtigsten politischen Herausforderungen im Zusammenhang mit einem guten Bildungsangebot für Kinder mit Migrationshintergrund sowie nach den geeigneten Antworten darauf.

Im Grünbuch wird auch die künftige Rolle der Richtlinie 77/486/EWG hinterfragt, die einen frühen Versuch der EU darstellt, das Augenmerk der Mitgliedstaaten auf die schulische Betreuung der Kinder von Migranten/innen zu lenken. Die Richtlinie greift inzwischen allerdings weitgehend ins Leere, weil sie sich ausschließlich an die schulische Betreuung der Kinder von EU-Bürgern richtet und die schulische Betreuung der Kinder von Drittstaatsangehörigen vernachlässigt.

Das Grünbuch liefert einen kurzen Überblick über Politikansätze und Konzepte, die den Bildungserfolg von jungen Migranten/innen stützen können. Bildungssysteme, die eher auf Chancengleichheit ausgerichtet sind, fördern auch die Integration von Migrantenschülern/innen am besten. Zu diesen gehören: Vorschulerziehung, Sprachunterricht, zusätzliche Bildungsförderung wie Mentoring und Tutoring, interkulturelle Bildung sowie Partnerschaften mit Familien und Gemeinschaften.

Die Kommission möchte mit dem Grünbuch eine Diskussion über eine Verbesserung von Bildungssystemen im Bezug auf die Integra-

tion von Kindern mit Migrationshintergrund anregen, legt den Interventionsschwerpunkt aber nahezu ausschließlich auf den schulischen Kontext. Sie weist damit Schulen eine führende Rolle bei der Schaffung einer integrativen Gesellschaft zu und bleibt zunächst hinter den Möglichkeiten zurück, einen kohärenten und bereichsübergreifenden Ansatz zur Diskussion zu stellen. Ein solcher Ansatz, der eine enge konzeptionelle Zusammenarbeit aller am Integrationsprozess beteiligten Akteure erfordert, muss von einem weiter gefassten Bildungsverständnis ausgehen als es die Kommission im vorliegenden Dokument zugrunde legt.

Für die Jugendsozialarbeit stellt das Grünbuch deshalb die besondere Herausforderung dar, den für einen gelingenden Integrationsprozess notwendigen Querschnittsansatz, die Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Akteure sowie die gezielte Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule gegenüber der Kommission deutlich hervorzuheben.

Mit dem Grünbuch soll ein Meinungsaustausch darüber gefördert werden, wie diese Herausforderungen auf allen Ebenen anzugehen sind und wie die EU künftig die Mitgliedstaaten bei der Formulierung ihrer Bildungspolitik in diesem Bereich unterstützen könnte. Interessierte Kreise sind aufgefordert, sich bis zum 31. Dezember 2008 zu der politischen Herausforderung, politischen Antworten und der möglichen Rolle der EU bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten zu äußern. ■

DER AUTOR:

Manfred von Hebel arbeitet in der Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission und ist für die Bereiche Jugendpolitik und nicht-formales Lernen zuständig.

E-Mail:
manfred.von-hebel
@ec.europa.eu

■ Weitere Informationen

zum Grünbuch und der damit eingeleiteten öffentlichen Diskussion gibt es auf den Seiten der Generaldirektion für Bildung und Kultur:

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/migration_en.html

Die EU-Kommission wird die Ergebnisse dieser Diskussion analysieren und Anfang 2009 ihre Schlussfolgerungen veröffentlichen.



■ Das Projekt „JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“

Das Pilotprojekt wird die Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund in der internationalen Jugendarbeit stärken. „JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ wurde von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und JUGEND für Europa, deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION, entwickelt.

Das Projektvorhaben JiVE. wird die internationale mit der migrationsbezogenen Jugendarbeit (z. B. Jugendmigrationsdienste) und den Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten vernetzen. In drei Kernbereichen der internationalen Jugendarbeit – Jugendbegegnungen, Fachkräftemaßnahmen und internationale Freiwilligendienste – wird es Synergieeffekte nutzen.

Fachkräftemaßnahmen

Durch internationale Begegnungen, Study Visits und andere Maßnahmen werden Fachkräfte der internationalen Jugendarbeit und der Migrationsarbeit weiter qualifiziert.

Internationale Jugendbegegnungen (www.interkulturell-on-tour.de)

Durch internationale Jugendbegegnungen entsteht eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen Organisationen der internationalen Jugendarbeit und Migrantenselbstorganisationen.

Europäischer Freiwilligendienst

Mehr junge Migrantinnen und Migranten sollen sich in den Europäischen Freiwilligendiensten engagieren. Dort lernen sie Formen bürgerschaftlichen Engagements, die sie für ihre gesellschaftliche Teilhabe nutzen können. Erkenntnisse sollen gewonnen werden, um Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker für Freiwilligendienste zu gewinnen.

In drei projektübergreifenden Tagungen und durch wissenschaftliche Begleitung werden Ergebnisse der Teilprojekte gesammelt. Projektübergreifende Elemente von JiVE. sind:

- Auf einem internationalen „Fachforum Chancengleichheit“ (4.–6.2.2009) werden Erkenntnisse darüber zusammengefasst, wie internationale Jugendarbeit praktisch zur Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund beitragen kann.
- Eine für das 2. Halbjahr 2009 geplante multilaterale Partnerbörse fördert Partnerschaften von Trägern der internationalen Jugendarbeit zum Thema Integration/Migration auf europäischer Ebene.
- In einer für Juni 2010 anvisierten Tagung werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung vorgestellt und abschließend bewertet.
- Die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung von JiVE. wird Erkenntnisse über die Beiträge internationaler Jugendarbeit zur Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund und die interkulturelle Öffnung von Trägern ermöglichen.

Ein begleitender Projektbeirat besteht aus Trägern der nationalen und der internationalen Jugendarbeit, Jugendmigrationsdiensten, Migrantenselbstorganisationen, dem BMFSFJ, Kommunen, Ländern, Wissenschaft und den Projektträgern.

JiVE. wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Europäische Union. ■

Die Autoren/innen:

Claudia Mierzowski, Programmreferentin Länderprogramme, IJAB, E-Mail: mierzowski@ijab.de

Christiane Reinholz-Asolli, Programmreferentin Länderprogramme, IJAB, E-Mail: reinholz@ijab.de

Christof Kriege, Programmreferent Aktion 2, JUGEND für Europa, E-Mail: Kriege@jfemail.de



Alle Fotos: Jugendmigrationsdienst
Berlin-Lichtenberg/Peter Botzian

Case Management in den Jugendmigrationsdiensten

An 400 Orten in der Bundesrepublik unterstützen Jugendmigrationsdienste (JMD) die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Seit 2005 verbessern sie mit Hilfe von Case Management die Chancen der Jugendlichen in Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft.¹

Als Case Management werden Hilfeleistungen verstanden, die die individuellen Bedürfnisse und Ressourcen der Hilfesuchenden mit geeigneten Maßnahmen aus dem gesamten Unterstützungssystem im Sozialraum verbinden. Im Gegensatz zur klassischen Einzelfallhilfe (Case Work) berät die sozialpädagogische Fachkraft beim Case Management den junge Menschen nicht nur individuell, sondern erschließt weitergehende Fördermöglichkeiten über die engen

Grenzen von Fachzuständigkeiten, Institutionen und Organisationen vor Ort hinweg.

Mit dem Case Management werden Jugendliche unterstützt, die ohne systematische und kontinuierliche Hilfestellung in der deutschen Gesellschaft scheitern würden. Mithilfe des „Individuellen Integrationsförderplans“ werden gemeinsam ihre Ressourcen ermittelt, Ziele vereinbart und Schritte zur Erreichung dieser Ziele abgestimmt.

¹ BMFSFJ: Grundsätze zur Durchführung und Weiterentwicklung des Programms 18 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“.



Die Schritte werden verbindlich verabredet; zu ihrer Verwirklichung trägt sowohl der Jugendliche bei als auch die sozialpädagogische Fachkraft, die aufgrund ihrer Vernetzung im Sozialraum die Möglichkeiten und Maßnahmen für den speziellen Jugendlichen kennt und entsprechende Kontakte herstellt.

Jeder Jugendliche spricht erst dann wirklich über sich selbst, wenn er ein Vertrauensverhältnis zu seinem Gesprächspartner aufgebaut hat.

Dieser Prozess ist für junge Menschen, die erst kurze Zeit in Deutschland leben, schwer durchschaubar. Sie verfügen in der Regel noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, um ihr Potenzial und ihre Probleme differenziert darzustellen. Viele Fachkräfte in den JMD haben daher selbst einen Migrationshintergrund und Kenntnisse der wichtigsten Herkunftssprachen. Vertraute oder andere Personen können ergänzend als Dolmetscher eingebunden werden.

Jeder Jugendliche spricht erst dann wirklich über sich selbst, wenn er ein Vertrauensverhältnis zu seinem Gesprächspartner aufgebaut hat. Deshalb bieten die JMD niedrigschwellige Gruppenaktivitäten an, in denen die Jugendlichen Mitarbeiter/innen und die Einrichtung kennen lernen können. Die Kurse dienen auch der Ergänzung des Förderplans, indem sie die weitere Entwicklung wichtiger sozialer und kognitiver Fertigkeiten unterstützen (z. B. Deutsch- oder PC-Kurse, Orientierungsangebote, Training sozialer Kompetenzen) und Begegnungen

mit einheimischen Jugendlichen ermöglichen. Die Gratwanderung im Jugendmigrationsdienst besteht darin, einerseits eine kurz- und mittelfristige individuelle Planung zu erstellen und detaillierte Handlungsschritte verbindlich zu vereinbaren – und andererseits dem Jugendlichen so attraktive Angebote zu unterbreiten, dass er die Einrichtung gern besucht und die Beratung freiwillig (!) in Anspruch nimmt.

Neben dem Aspekt der individuellen Förderung wird bei Case Management das Gemeinwesen beziehungsweise der Sozialraum durch Vernetzung, Kooperationen, Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit einbezogen. Die JMD sind Partner der für Integration wichtigen Akteure, also der Integrationskursträger, Schulen, ARGEN und Arbeitsagenturen, der Kommunalverwaltung und der anderen Träger von Bildungs- und Beratungsmaßnahmen. Die Beteiligung der JMD an kommunalen Netzwerken als „parteiliche Einmischung“ bewirkt auch, dass sie in der (Fach-)Öffentlichkeit einen Expertenstatus für die Zielgruppe wahrnehmen. So sind sie ein kompetenter Ansprechpartner für Organisationen, die sich interkulturell öffnen wollen oder müssen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JMD sind mittlerweile in Case Management geschult: Von den 65.000 jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die die JMD im Jahr 2007 unterstützten und berieten, wurden 19.000, also fast ein Drittel, mit einem individuellen Förderplan bei ihrer sprachlichen, schulischen, beruflichen und sozialen Integration begleitet. ■

DIE AUTORIN:

Barbara Graf ist Referentin für Migration und Sprache beim Internationalen Bund

E-Mail: Barbara.Graf@internationaler-bund.de

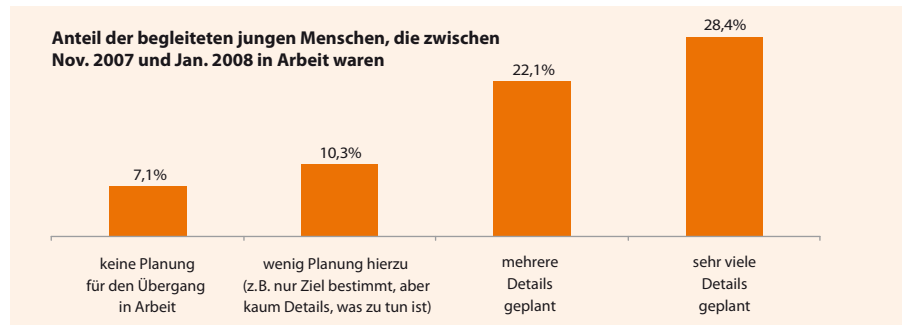
Individuelle Integrationsförderplanung in Jugendmigrationsdiensten

Das BMFSFJ hat im September 2006 in Auftrag gegeben, die in den Jugendmigrationsdiensten (JMD) eingesetzte Integrationsförderplanung zu evaluieren. Die Ergebnisse werden im Januar 2009 vorgestellt, einige werden hier vorab skizziert. Grundlage der Evaluation sind vor allem die Angaben der Jugendmigrationsdienste, wie sie individuelle Planungen umsetzen. Zudem wurden mehr als 4.000 junge Menschen, die in JMD begleitet wurden, teils mehrfach zur Entwicklung ihrer beruflichen, sprachlichen, emotionalen und sozialen Integration zwischen 2007 und 2008 befragt.

Eindeutig zeigt sich bereits nach den Erkenntnissen des Zwischenberichts, dass Planung zu günstigeren Integrationsverläufen führt. Z. B. waren zwischen sieben und zehn Prozent der jungen Menschen, deren Übergang in Arbeit nicht oder nur wenig detailreich geplant wurde, später beschäftigt. Bei einer (sehr) detailreichen Planung stieg dieser Anteil auf 22 bis 28 Prozent (vgl. Abbildung). Ähnliches lässt sich für Sprachkompetenzen oder andere Integrationsaspekte zeigen. Es hat sich bewährt, dass die Fachkräfte der Jugendmigrationsdienste ihr Rollenverständnis den Erfordernissen der individuellen Integrationsförderplanung anpassen und sich nicht ausschließlich als kritische Begleiter/innen oder Netzwerker/innen verstehen, sondern zunehmend auch als professionelle Sozialexperten/innen.

Darüber hinaus konnte die Evaluation empirisch bestimmen, worauf bei der Konzeption oder Umsetzung einer Integrationsförderplanung besonders zu achten ist. Um erfolgreich zu unterstützen, gilt es zum Beispiel

- die Orientierung der Begleiteten über ihre eigenen Ziele zu erhöhen. Dafür ist es Aufgabe der Integrationsförderplanung, die Ziele nicht einfach zu erfragen, sondern versteckte Möglichkeiten subjektiv zu eröffnen, Abwägungsprozesse in Gang zu



setzen, Blockaden und Hemmnisse für sich bisher nicht zugetraute Ziele zu lösen und ihr Ankommen in der Realität zu unterstützen und Konsequenzen transparent zu machen.

- detailreich zu planen, was genau erreicht und getan werden sollte. Für Personen mit geringerer psychischer oder personeller Stabilität kann es hilfreich sein, wenn selbst die vielen kleine Schritte der Alltagsbewältigung transparent geplant werden. Bei größerer Selbstständigkeit braucht es aber in anspruchsvolleren Bereichen der Lebensgestaltung und Integration mehr Detailplanung.
- den Begleiteten immer wieder bewusst zu machen, dass vielfältige kleine oder große Ziele schon erreicht wurden. Hier bewährt sich, eine Planung möglichst kleinteilig zu verschriftlichen, denn umso leichter kann ihnen veranschaulicht werden, wie weit sie auf ihrem Weg schon gekommen sind.

Das Interesse der befragten jungen Menschen, etwas zur Verbesserung ihrer eigenen Integration zu leisten, ist sehr groß. Ihre überragende Mehrheit gibt an, sich aktiv um Erfolge in Schule, Kursen oder der Ausbildung zu bemühen sowie um bessere Deutschkenntnisse und teils auch um mehr Kontakte zu Einheimischen. Doch nicht alle können sich auf das weitgehend für sie fremde Instrument der Integrationsförderplanung einlassen. Die zukünftige Herausforderung besteht darin, Verfahren weiterzuentwickeln, die die aktive Partizipation der jungen Menschen in ihrer Integrationsförderplanung noch stärker unterstützen und sichern. Hierzu leistet auch die Evaluation in der zweiten Phase der Erhebung einen wichtigen Beitrag. ■

Übergänge junger Menschen in Arbeit – danach differenziert, wie detailreich in den letzten zwölf Monaten geplant wurde, eine Arbeit zu finden.

DER AUTOR:

Jörn Sommer war während der Evaluation Abteilungsleiter der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (GIB) und ist seit Oktober 2008 bei der InterVal GmbH tätig.

E-Mail: j.sommer@interval-berlin.de



Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums

Pluralität ist Normalität für Kinder und Jugendliche

Das BJK will auf vernachlässigte Aspekte in der Diskussion hinweisen und einen Beitrag leisten zum Wandel der Perspektive, wie die Einwanderungssituation gestaltet werden soll.

Dabei geht es vor allem darum, Kinder und Jugendliche als individuelle Persönlichkeiten zu betrachten, die viele Eigenschaften und verschiedene Zugehörigkeiten haben. Kinder und Jugendliche sollen nicht über die Herkunft ihrer Eltern als Italiener oder Italienerin, als Türkin oder Türke, etc. ethnisiert werden, sondern in ihrem Selbstverständnis mit einer oder ohne eine Migrationsgeschichte als Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden. Integration besteht darin, dass diese Zu- und Einordnungen in den Hintergrund treten und jede Person auf der Grundlage von Gleichberechtigung und ethnischer oder kultureller Selbstdefiniti-

on anerkannt ist. Sie soll selbst entscheiden können, welche Aspekte ihrer Geschichte und ihres Hintergrunds wichtig sind. Die Veränderung des Blicks auf Migranten/innen ist aus unserer Sicht ein zentraler Beitrag zur Integration. „Die“ Migranten/innen werden dabei häufig als grundsätzlich kulturell verschieden von „den“ Deutschen wahrgenommen. Die Betonung der nicht-deutschen nationalen Zugehörigkeit durch einen Teil von ihnen vervollständigt die Wahrnehmung von Verschiedenheit. Viele aktuelle politische Problemanalysen vernachlässigen, dass die Bedeutung von „Migrationshintergrund“ oder „Staatsange-

hörigkeit“ für die Existenz von sozialen Problemen häufig nachrangig ist.

Damit wiederholt sich ein in der Migrationsgeschichte oft beobachtetes Schema. Soziales wird beständig in Kategorien der kulturellen Differenz beschrieben. In Wirklichkeit verliert der „Migrationshintergrund“ aber an Erklärungskraft. Die Hervorhebung der kulturellen Differenz hat weniger eine analytische Qualität; sie ist vielmehr eine formierende Definition und hat eine entlastende Funktion. Die Spaltung der Gesellschaft in zwei Kollektive mit und ohne Migrationsgeschichte leistet einen erheblichen Beitrag zur Beibehaltung von Gegensätzen.

Die vielfach wiederholte und pauschale Forderung, Kinder mit Migrationsgeschichte müssten intensiver gefördert werden, hat die Herausbildung eines stabilen Stereotyps gefördert: Kinder mit Migrationsgeschichte gelten häufig von vornherein als „Problem“.

In ähnlicher Weise gelten „Migranten/innen“ bzw. Ausländer/innen vielfach unmittelbar als soziales Problem. Wenn man zum Ausdruck bringen will, dass ein Stadtteil „problematisch“ ist, dann verweist man auf den hohen Migrantenanteil. Wenn eine Schule einen hohen Migrantenanteil hat, genügt dies, sie als „Problemschule“ zu charakterisieren (...). Wenn junge Menschen mit Migrationsgeschichte kriminell werden, so wird ihr Verhalten als „Ausländerkriminalität“ einseitig ihrer kulturellen Andersartigkeit zugeschrieben, nicht aber den sozialen Bedingungen ihres Aufwachsens.

Die gedankenlose Verwendung und die Instrumentalisierung von Stereotypen gefährdet Integration. Während die offen aggressive, rassistische Kommunikationsform direkt erkannt und verurteilt werden kann, ist die latent diskriminierende weiter verbreitet und zugleich schwerer offen zu legen und zu bearbeiten.

Hierzu gehört auch die Gleichsetzung des Merkmals „Migrationsgeschichte“ mit „Hilfsbedürftigkeit“. Am wichtigsten ist deshalb eine deutliche „Ent-Kategorisie-

rung“, indem „Probleme“ und „Missstände“ nicht mehr mit Gruppenmerkmalen erklärt werden. Dass solche Analysen zutreffender sind, wird am „Sprachproblem“ deutlich. In der Schule sind alle benachteiligt, die

Kinder mit Migrationsgeschichte gelten häufig von vornherein als „Problem“.

in ihrer Familie nicht die in der Schule verlangte und notwendige Sprachfertigkeit erworben haben. Ob dies am Soziolekt, am Dialekt oder an der Zweisprachigkeit liegt, ist zunächst nicht bedeutsam, gewinnt aber Bedeutung bei der Sprachförderung. Diese muss nämlich individualisiert sein, und zwar in der Weise, dass die Muttersprache nicht diskreditiert wird und die Geförderten die Förderung zwanglos (im eigenen Interesse) akzeptieren können. Diese Art der Sprachförderung soll (...) bereits im Kindergarten beginnen (...) und kontinuierlich über die gesamte Schulzeit hinweg fortgeführt werden.

So wird auch der allgemeinen Verbreitung des negativen Stereotyps entgegengewirkt. Der Effekt dieses Stereotyps, das „Stereotype Threat“, ist umfangreich erforscht¹ und seine Wirkung kann auch bei der Beschulung von Kindern mit Migrationsgeschichte angenommen werden. Eine negative Erwartung der Lehrpersonen fördert bei den Schülern Angst und schwächt das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Die kognitiven Energien werden auf die Bewältigung der Angst konzentriert, Anforderungen werden vermieden und schließlich wird die Relevanz schulischer Leistungen „kleingeredet“. Langfristig verringert sich die Bildungsmotivation. Derzeit haben viele Schüler/innen mit Migrationsgeschichte, gemessen an den tatsächlichen Bildungschancen und an den Einstellungen der (...) Mitschüler/innen, diesem Mechanismus eine hohe Frustrationstoleranz entgegen zu setzen². ■

Der Text wurde von der Redaktion gekürzt. Die vollständige, im April 2008 veröffentlichte Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums finden Sie unter: www.bundesjugendkuratorium.de

¹ Eine umfassende Übersicht über die Forschung liegt jetzt vor mit: Schofield, Janet Ward (2006): *Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen Entwicklungs- und Sozialpsychologie. Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), (Forschungsbilanz 5).*

² OECD (2006): *Where immigrant students succeed – A comparative review of performance and engagement in PISA 2003*; Shajek, Alexandra/Lüdtke, Oliver/Stanat, Petra (2006): *Akademische Selbstkonzepte bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Unterrichtswissenschaft, 36, 2, S. 125-145.*

Auf die Einstellung kommt es an

Diversity als Rekrutierungsphilosophie

Viele Unternehmen stellen an ihre Bewerber/innen strenge Anforderungen: Gute bis sehr gute schulische Leistungen, anspruchsvolle Eignungstests, die mit überdurchschnittlichem Erfolg zu bestehen sind, und Bewerbungsgespräche, in denen sich die Jugendlichen einer eingehenden Befragung unterziehen müssen. Wer diese Hürden nimmt, kann einen der begehrten Ausbildungsplätze bekommen. „Bestenauswahl“ lautet hier das Motto. Aber es funktioniert auch anders:

In der Pausenhalle des Ausbildungszentrums der Ford Aus- und Weiterbildung e.V. in Köln ist lautes Stimmengewirr zu hören. Die Azubis des neuen Ausbildungsjahres stehen am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn. Ihre Motivation, endlich mit ihrer Ausbildung zu beginnen, ist förmlich zu spüren.

Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit in Unternehmen, die wenig Wert auf eine heterogene Belegschaft legen? Können sich Unternehmen in Zukunft, mit schwindender Bewerberzahl, noch exklusive Vorgaben und Auswahlkriterien leisten?



Ein Blick in die Runde gibt zu erkennen, dass hier Jugendliche verschiedenster Herkunft und beiderlei Geschlechts zusammen kommen. Für die meisten ein gewohntes Bild aus ihrer Schulzeit. Nicht immer eine Selbstverständlichkeit in der Praxis der Berufsausbildung.

Die Ford-Werke in Köln verfolgen schon seit vielen Jahren eine spezielle Strategie. Motivation als entscheidender Faktor und Leistungen, die den Durchschnittsleistungen der Schülerschaft entsprechen, sind hier-

bei die Eingangsvoraussetzung. Nicht die Besten, sondern die Schnellsten und Engagiertesten bekommen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Neben den üblichen Anforderungen, wie das Einreichen einer ordentlichen Bewerbungsmappe, dem erfolgreichen Durchlaufen eines Eignungstests und eines Bewerbungsgesprächs, wird bei der Rekrutierung auch Wert darauf gelegt, dass Bewerbungen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen Beachtung finden.

Diversity ist die Grundlage der Ford-Unternehmensstrategie.

Die Akquisition von Bewerber/innen, die bei den Ausbildungsplatzsuchenden unterrepräsentiert sind, findet durch gezielte und spezielle Maßnahmen statt.

Bei Ford wird besonderer Wert darauf gelegt, Mädchen für technische Berufe zu interessieren. Dazu gibt es gesonderte Programme wie Schülerinneninfotage und spezielle Mädchenpraktika. Bildungsbenachteiligte Jugendliche mit schwachen schulischen Leistungen und niedrigeren Schulabschlüssen erhalten eine Chance, über ein Langzeitpraktikum ihre Fähigkeiten und Motivation unter Beweis zu stellen. Hier finden sich vor allem Jugendliche mit nicht-deutscher Abstammung.

Bei den Eignungstests wird darauf geachtet, möglichst kulturneutrale Testformate

Bundesmodellprojekt „Ausbildungsorientierte Elternarbeit im JMD“

Im Januar 2007 startete das zweieinhalbjährige Bundesmodellprojekt „Ausbildungsorientierte Elternarbeit im Jugendmigrationsdienst“. Ziel des Projekts ist es, die Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund wirkungsvoll zu unterstützen und damit die schulische und berufliche Integration ihrer Kinder und Jugendlichen zu fördern. An 12 Projektstandorten erproben Jugendmigrationsdienste von vier Trägergruppen der Jugendsozialarbeit mögliche Formen der ausbildungsorientierten Elternarbeit.

Individuelle Beratung der Eltern, Eltern-treffs und -seminare zum deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem sowie zu Anforderung an die Erziehungsleistungen sind ein Teil der angebotenen Maßnahmen. Dabei werden unterschiedliche Kooperationspartner eingebunden.

Ausbildungsorientierte Elternarbeit fördert Veränderungsprozesse in den Familien. Bildungspartnerschaften bieten den Eltern Orientierung. Wissen über das für sie neue gesellschaftliche System und seine Erfordernisse werden vermittelt und entsprechende Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Eltern werden in die Verantwortung genommen und dazu befähigt, ihre Jugendlichen in schulischen Angelegenheiten und der Berufswegeplanung zu unterstützen.

Das Projekt wird durch den Europäischen Sozialfonds und das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend gefördert.

Weitere Informationen:
www.jmd-portal.de über den Button „Starke Eltern - Starke Jugend“.

Projektleitung: Martina Rithaa
 E-Mail: rithaa@bagejsa.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG EJSA)
www.bagejsa.de

einzusetzen, um auch Bewerber/innen mit Migrationshintergrund eine faire Chance

Die Ford-Werke in Köln verfolgen schon seit vielen Jahren eine spezielle Strategie.

zu geben. Der Beherrschung der deutschen Sprache wird trotz allem ein großer Stellenwert beigemessen, da diese Kompetenz für den Ausbildungserfolg maßgeblich ist.

Das gesamte Personal der Berufsausbildung ist so ausgewählt und geschult, dass der kultur- und geschlechtersensible Umgang mit Vielfalt eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Nicht zuletzt durch eine Betriebsvereinbarung zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz und die verpflichtende Schulung des gesamten Managements zum Thema Vielfalt und Integration wird Diversity im Unternehmen verankert.

Bei den Eignungstests wird darauf geachtet, möglichst kulturneutrale Testformate einzusetzen, um auch Bewerber/innen mit Migrationshintergrund eine faire Chance zu geben.

Doch mindestens genau so wichtig wie diese Richtlinien des Unternehmens ist eben schon die Personalauswahl einer vielfältigen Belegschaft. In Zeiten verminderter Einstellungsquoten stellen übernommene Azubis den Großteil neuen Personals. Hier lohnt es sich, tradierte Einstellungsvoraussetzungen zu überdenken, um als Arbeitgeber innovativ und attraktiv für Bewerber/innen zu sein.

Der ökonomische Nutzen einer heterogenen Belegschaft rückt erst in neuerer Zeit in den Blick. Gemischte Teams, die Produkte für Zielgruppen entwickeln, die früher nicht im Fokus standen, oder z. B. Ethnomarketing-Konzepte sind erfolgversprechend und profitabel. Da lohnen Zeit und Aufwand, die in Ausbildung investiert werden. Ganz zu schweigen vom gesellschaftlichen Stellenwert – dies ist gelebte Integration! ■

DIE AUTORIN:

Die Diplom-Pädagogin Alpin Harrenkamp ist bei Ford im Bereich Berufsausbildung in der Aus- und Weiterbildung tätig.

E-Mail:
aharren2@ford.com



Eine eigene Lobby schaffen: Migrantenorganisationen in Deutschland

Nach über 50 Jahren Arbeitsmigration sind die Arbeitsmigranten/innen sowie ihre Nachfahren ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands. Dies spiegelt sich auch in ihren Strukturen wider. Sie haben sich frühzeitig in eigenen Vereinen ehrenamtlich organisiert, um ihre besonderen Interessen besser wahrnehmen zu können.

¹ Eigene „Interessenorganisationen“ durften ausländische Arbeitnehmer/innen in der DDR bis 1989 nicht gründen.

Migrantenselbstorganisationen (MSO) sind heute in unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bereichen tätig. Während in den ersten Jahren der Zuwanderung eher kulturell und politisch die „heimatgewandten“ Vereine und Initiativen im Vordergrund standen, sind in den letzten Jahrzehnten überwiegend MSO gegründet worden, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt in Deutschland sehen. Neben Arbeiter-, Kultur- und Sportvereinen sowie Moscheevereinen der ersten Migrationsjahre in der Bundesrepublik¹ haben sich in den letzten Jahrzehnten viele „Inter-

essenorganisationen“, wie Fach- und Berufsverbände (Eltern- und Familienvereine, Unternehmervereine u. ä.), etabliert.

Die neueren parteipolitischen Zusammenschlüsse der Migranten/innen stehen den deutschen politischen Parteien nahe oder sind in Parteistrukturen eingebunden. Beispiele für „parteiexterne“ Zusammenschlüsse sind Immi-Grün und die Liberale Türkisch-Deutsche Union, wogegen die AG-Migration der Berliner SPD oder das Deutsch-Türkische Forum in der CDU „partiinterne“ Zusammenschlüsse darstellen.

Ein weiterer Grad der Migrantenorganisation ist der Zusammenschluss in ethnischen, multiethnischen oder religiösen Dachverbänden.² Zudem arbeiten die MSO stärker mit deutschen Organisationen und Institutionen zusammen.

Kernaufgabe Bildung

Durch die verstärkte Familienzusammenführung seit Anfang der 70er Jahre gewann das Thema Bildung, insbesondere schulische Bildung, an Bedeutung. Die meisten eingewanderten Familien fanden ein Schul- und Berufsbildungssystem vor, das ihnen völlig neu war mit seinem föderativen Aufbau, dem dreigliedrigen Schulsystem, der dualen Berufsausbildung oder der Sonderschule.

Die Community der spanischen Migranten/innen war die erste, die sich darauf einstellte. Sie gründeten bereits 1973 den Verband der Spanischen Elternvereine und ließen 1984 die Spanische Weiterbildungsakademie folgen.³ Die türkischen Migranten/innen, die seit Mitte der 70er Jahre die größte Minderheitengruppe darstellen, bildeten erst im folgenden Jahrzehnt verstärkt Elternvereine. Die ersten Dachverbände der türkischen Elternvereine formierten sich Mitte der 90er Jahre.⁴

Mittlerweile haben die meisten MSO die Bedeutung der Bildungsförderung erkannt und entwickeln vielfältige Angebote und Aktivitäten, um die Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern.⁵

Aktuelle und zukünftige Herausforderungen

Bei aller kritischer Bewertung von Teilen der MSO wird den meisten von ihnen ein großes Integrationspotential zugesprochen.⁶ Gleichzeitig sind wachsende Erwartungshaltungen gegenüber den MSO feststellbar, seitens der eigenen Community sowie seitens der deutschen Politik. Das eigene „Klientel“ erwartet von den MSO ein stärkeres Profil gegenüber dem politischen Establishment. Die Vertreter der Mehrheitsgesellschaft wiederum erhoffen sich, dass die MSO mehr Verantwortung

im Integrationsdiskurs übernehmen und aktiv Lösungswege suchen sowie eine positive Vorbildfunktion und eigene Angebote und Projekte für die jeweilige Community entwickeln.

Die oben beschriebenen Erwartungen stehen jedoch im Kontrast zu den Ressourcen vieler MSO, insbesondere zu deren schwachen Organisationsstrukturen sowie deren geringen eigenen Finanzmitteln – dies ist das Spannungsfeld, in dem sich die MSO bewegen.

Zu einer zukünftigen effektiven Weiterentwicklung der MSO gehört, neben verbesserten Organisationsstrukturen und finanziellen Grundlagen, auch eine intensivere Kooperation mit deutschen Organisationen und Institutionen. Dies setzt jedoch die Bereitschaft auf der deutschen Seite voraus, sich interkulturell zu öffnen.

Forum der Migrantinnen und Migranten im PARITÄTISCHEN – Eine Plattform für Beteiligung und Mitgestaltung

Im März 2007 fand in Berlin die Gründungsversammlung des Forums der Migrantinnen und Migranten mit den Vertretern/innen der im PARITÄTISCHEN zusammengeschlossenen MSO statt. Das Forum sieht sich u. a. als Plattform zur „gegenseitigen Unterstützung, Diskussion, Verbesserung der Zusammenarbeit und Vernetzung, sowie zur Entwicklung von migrationspolitischen Positionen, die besonders MSO betreffen“.⁷

In den Monaten nach seiner Gründung positionierte sich das Forum in öffentlichen Debatten. So erarbeitete das Forum Vorschläge zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans in Bezug auf die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung „Aufstieg durch Bildung“. Zuvor hatte es kritisiert, dass die „umfassend dokumentierten Erkenntnisse und Schlussfolgerungen“ des Nationalen Integrationsplans (insbesondere aus Sicht von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund) nicht ausreichend in der Qualifizierungsinitiative berücksichtigt würden. Das Forum unterbreitete daher der Bundesregierung „acht Vorschläge zur effizienten Verzahnung von Nationalem Integrations-

² www.bpb.de, Link: Migration in Deutschland. Zu multiethnischen Zusammenschlüssen: www.bagiv.de oder www.mrb.de. Vier Islamische Dachorganisationen haben 2007 den Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland gegründet.

³ Riesgo, Vincente. Selbsthilfepotentiale nutzen und Migrantenvereine fördern: Das Beispiel der Spanier in Deutschland (www.fes.de).

⁴ Der Türkische Elternverein in Berlin wurde 1985 gegründet; die Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED) 1995.

⁵ Zum Beispiel entwickelt die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) und ihre Mitgliedsverbände seit Jahren Projekte, um die Bildungs- und Ausbildungssituation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Die aktuelle Kampagne „Bildung für die Zukunft“ soll den Anteil der türkischstämmigen Elternvertreter/innen an den Schulen erhöhen, entsprechend der Zahl der türkischstämmigen Schüler/innen, sowie die Anzahl der türkischstämmigen Schulabbrecher/innen verringern: www.tgd.de/bildungskampagne.

⁶ Fachtagung „Integrationslotsen oder Identitätswächter? Migrantenorganisationen im Integrationsprozess“; www.tik-iaf-berlin.de

⁷ Geschäftsordnung des FdM im PARITÄTISCHEN, § 2 Zweckbestimmung – Zweck und Aufgaben des Forums, Stand April 2008.



⁸ Brief der FdM-Sprecher/innen vom 15.1.2008

⁹ Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Roland Koch v. 9.1.2008. In der FR (10.01.2008), FAZ und SZ (jeweils 11.01.2008) gab es dazu Presseberichte.

¹⁰ www.der-paritaetische.de/migration

¹¹ ebda.

plan und Qualifizierungsinitiative“.⁸ Bei der Debatte um die Ethnisierung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität im Hessischen Wahlkampf 2008 bezog das Forum deutlich Stellung gegen Ministerpräsident Roland Koch, der das Thema massiv instrumentalisiert hatte.⁹

Arbeitsschwerpunkte der MSO im PARITÄTISCHEN

Bildung und Ausbildung von jungen Migrantinnen und Migranten nehmen einen wichtigen Stellenwert innerhalb des Forums ein. Dies hat auch eine Fragebogenaktion

unter den MSO im PARITÄTISCHEN bestätigt. So stand die 2. Tagung des Forums im April 2008 in Berlin unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung“. Die Vorsitzende des PARITÄTISCHEN Landesverbands Berlin, Prof. Barbara John, stellte in ihrer Rede fest, dass es „nach 50 Jahren Einwanderung von Migranten in Deutschland für aufwachsende junge Menschen mit Migrationshintergrund noch immer keinen Aufstieg durch Bildung gibt“.¹⁰ Detlev Scheele, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, verwies auf den Berufsbildungsbericht 2007, wonach sich „trotz positivem Trend auf dem

Resolution des „Forum der Migrantinnen und Migranten“ (FdM) im PARITÄTISCHEN Gesamtverband

Die Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen leisten schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur Integration, der bisher häufig unzureichend wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Unter Integration verstehen wir, auch aktiv und gleichberechtigt in die Gestaltung unserer Lebensbedingungen einbezogen zu werden.

Das oft formulierte Ziel der gleichberechtigten Teilhabe muss zukünftig auch die politische Mitbestimmung, also das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger, beinhalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in dem Integrationsplan, der im Sommer verabschiedet werden soll, konkrete Vorschläge zu machen, wie Migrantinnen und Migranten zukünftig besser in die Migrationspolitik, aber auch in die Umsetzung der Integrationsmaßnahmen eingebunden werden sollen.

Wir kritisieren, dass zeitgleich zu dem Integrationsplan gravierende Verschärfungen im Zuwanderungsrecht geplant sind. Insbesondere wenden wir uns gegen die vorgesehenen Verschärfungen bei der Familienzusammenführung.

Berlin, 04.05.2007



Ausbildungsmarkt die Ausbildungssituation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund verschlechtert hat“.¹¹ Die Aussagen belegen, dass Bildung, insbesondere berufliche Bildung, für Migrantinnen und Migranten in den nächsten Jahren immer wichtiger wird. Auch die MSO sehen hier die besonderen Herausforderungen. Des Weiteren beschäftigten sich die Arbeitsgruppen der Tagung mit den Themen Elternarbeit, Übergang Schule - Beruf, Ausbildungsbegleitende Hilfen, berufliche Orientierung und ausländische Betriebe als Ausbilder.

Chancen und Perspektiven

Im ersten Jahr seit seiner Gründung hat das Forum der Migrantinnen und Migranten gezeigt, dass es in der Lage ist, die gesellschaftspolitischen Entwicklungen zu verfolgen und zu aktuellen Geschehen klar Position zu beziehen. Die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des Forums seitens des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes sind positiv. Das Forum erhält vom PARITÄTISCHEN organisatorische Unterstützung über die zentrale Koordinierungsstelle für Ausländerarbeit im PARITÄTISCHEN Gesamtverband.

Die Vollversammlung des Forums hat 2008 wesentliche Perspektiven der nächsten Jahre vorgezeichnet. So plädierten die Delegierten u. a. dafür, zukünftig den Informationsaustausch und die Vernetzung zwischen den MSO und dem Forum zu verbessern, Strukturen zur Qualifizierung und Professionalisierung von MSO aufzubauen und die Ressourcen von MSO gezielter zu nutzen

Historischer Hintergrund

Die Geschichte der Arbeitsmigration in der Bundesrepublik Deutschland beginnt offiziell mit dem Anwerbeabkommen mit Italien 1955. Dem folgten weitere Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland (1960), Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968).

Die DDR warb seit 1966 ausländische Arbeitskräfte an, da vor allem bis zum Mauerbau 1961 etliche Arbeiterinnen und Fachkräfte nach Westdeutschland abgewandert waren. Die neuen Arbeitskräfte kamen in der Regel aus den sogenannten „Sozialistischen Bruderländern“. Vietnamesen bildeten die größte Gruppe, weitere Arbeitnehmer/innen kamen vor allem aus Mosambik, Polen und Algerien¹².

und erkennbar zu machen. Der Kontaktaufbau zur Bundesantidiskriminierungsstelle steht ebenfalls auf der Wunschliste der Delegierten. Werden die vorhandenen Möglichkeiten effektiv genutzt, kann das Forum die Aufgabe als „Kommunikations-Plattform“ innerhalb des Verbandes erfüllen und gleichzeitig ein wirksames Sprachrohr nach außen bleiben.

Für eine weiterhin erfolgreiche Arbeit des Forums der Migrantinnen und Migranten ist im Sinne der oben genannten Ziele und Wünsche sowohl eine stetige und zeitnahe Information der MSO im PARITÄTISCHEN durch die Sprecher/innen und den Beirat des Forums notwendig, als auch die Bereitschaft der MSO, sich aktiv in das Forum einzubringen. Unter diesen Voraussetzungen kann die bisher geleistete gute Arbeit auch in der Zukunft weitergeführt werden. ■

¹² Siehe: www.bpb.de, Link: Migration in Deutschland, siehe auch www.zuwanderung.de

DER AUTOR:

Der Diplom-Politologe Dr. Mehmet Albek ist Mitglied im Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg und leitet das Projekt Elternlotsen Berlin-Mitte des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg. Er war von März 2007 bis Mai 2008 im Beirat des Forums der Migrantinnen und Migranten.

E-Mail: malpbek@yahoo.de



„Selbstorganisationen verfügen über bedeutende Integrationspotentiale“

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, zur Situation von Migranten in Freiwilligendiensten und zur Rolle und Wirkung von Migrantenselbstorganisationen.

DREIZEHN: Wie bekannt sind Freiwilligendienste innerhalb der Türkischen Gemeinde?

Kolat: Die Freiwilligendienste sind innerhalb der türkischen Bevölkerung nicht sehr bekannt. Die Etablierung dieser Dienste ist relativ neu und durch eine breite Diskussion in der deutschen Gesellschaft erfolgt. In diesen Diskussionsprozess sind jedoch die Migranten/innen kaum einbezogen worden.

DREIZEHN: Könnten Freiwilligendienste denn die gesellschaftliche Teilhabe für junge Menschen mit Migrationshintergrund steigern?

Kolat: Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement ist ein Indikator für den integrierenden Charakter einer Gesellschaft und für die Identifikation mit dieser. Im Nationalen Integrationsplan wird auf die besondere Bedeutung des freiwilligen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund hingewiesen.

Freiwilligendienste bieten besondere – auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnittene – Lernformen. Die Mitarbeit in sozialen, ökologischen und kulturellen Einrichtungen fördert die persönliche Entwicklung von Jugendlichen und ermöglicht ihnen wichtige Erfahrungen und neue Kontakte. Die

Freiwilligen erwerben soziale und interkulturelle Fähigkeiten, die als Schlüsselkompetenzen auch am Arbeitsmarkt gefragt sind.

DREIZEHN: Welche Erwartungen haben Sie an Programme wie „Freiwilligendienste machen kompetent“?

Kolat: Freiwilligendienste sind wegen ihrer informellen Bildungspotentiale geeignet, die Partizipation sowie die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen zu fördern. Die Evaluation der Freiwilligendienste (Freiwilliges Soziales Jahr/Freiwilliges Ökologisches Jahr – Anmk. Red.) hat aber gezeigt, dass Migranten/innen in den Freiwilligendiensten nach wie vor deutlich unterrepräsentiert sind. Daher muss ihr Bekanntheitsgrad gesteigert und die Vielfalt der Einsatzorte und der konkrete Nutzen stärker kommuniziert werden.

Gleichzeitig ist es notwendig, dass sich die Freiwilligendienste für die Zielgruppe der Migranten/innen verstärkt öffnen und auch ihre Anspracheformen an die unterschiedlichen Zielgruppen anpassen.

DREIZEHN: Wo genau sehen Sie derzeit Zugangshindernisse für junge Migranten/innen? Wie können sie beseitigt werden?

Kolat: Die größten Barrieren für junge Menschen mit Migrationshintergrund sind nach wie vor der mangelnde Bekanntheitsgrad von Freiwilligendiensten und das Fehlen von zielgruppenadäquaten bzw. diversitysensiblen Anspracheformen. Nicht nur in diesem Zusammenhang böten Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten eine wichtige Brücke zu potentiellen Freiwilligen. Selbstorganisationen der Migranten/innen sind inzwischen wichtige Dienstleister, stellen soziale Netzwerke dar und haben sich darüber hinaus zunehmend zu Interessenvertretungen in vielen Lebens- und Problemlagen entwickelt. Selbstorganisationen verfügen über bedeutende Integrationspotentiale.

Ich denke, die Partizipation von Migranten/innen in diesem Feld kann besser gelingen, wenn Migrantenorganisationen sich selbst als Träger von Freiwilligendiensten etablie-

ren. Dies fördert dann die Integration von Migranten/innen auf individueller und institutioneller Ebene.

DREIZEHN: Was könnten Migranten-selbstorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten leisten?

Kolat: Migrantenorganisationen können Einsatzmöglichkeiten in vielfältigen Bereichen anbieten und erste Anfragen bei einzelnen Organisationen zeigen, dass das Interesse sehr hoch ist. Jedoch gibt es bisher im Bereich Freiwilligendienste deutschlandweit noch keine Migrantenorganisation, die als Träger zugelassen ist, da oft das notwendige Know-how fehlt. In diesem Zusammenhang benötigen interessierte Organisationen kompetente „Starthilfe“ durch flankierende Projekte. Wichtig ist dabei, Migrantenorganisationen durch umfangreiche Beratung und Unterstützung auf dem Weg zur Zulassung als freier Träger zu begleiten.

DREIZEHN: Wie können Sie als Türkische Gemeinde in Deutschland diesen Weg unterstützen?

Kolat: Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) wird in diesem Jahr gemeinsam mit dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik das dreijährige Modellprojekt „Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“ starten.

Ziel des Projektes ist vor allem, den Aufbau von Freiwilligendiensten in Trägerschaft von Migrantenselbstorganisationen zu fördern und ihre Arbeit so zu qualifizieren, dass sie einen Beitrag zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund leisten kann.

In diesem Zusammenhang wird die TGD bestehende Kooperationen, unter anderem mit der Jugendsozialarbeit, intensivieren und neue Kooperationen anstreben. Für eine erfolgreiche Kooperation sind der TGD ein kontinuierlicher produktiver Austausch auf gleicher Augenhöhe, das Definieren gemeinsamer Ziele und der Abgleich der Arbeitsschritte im Prozess sehr wichtig. ■



Foto: TGD

ZUR PERSON:

Kenan Kolat, 1959 in Istanbul geboren, hat in der Türkei und in Deutschland studiert. Von 2002–2005 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, seit Oktober 2005 ist er Bundesvorsitzender der TGD.

Freiwilligendienste machen kompetent

„Gemeinsam Perspektiven schaffen“ – unter diesem Titel beteiligen sich das Deutsche Rote Kreuz (DRK) mit fünf regionalen Trägern, der Türkische Bund Berlin-Brandenburg, die Spanische Weiterbildungsakademie beziehungsweise der Bund der Spanischen Elternvereine und das Behandlungszentrum für Folteropfer, Berlin an dem Modellprogramm des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Freiwilligendienste machen kompetent“. Auf regionaler Ebene sind noch viele weitere Migrantenorganisationen und andere Partner beteiligt.

Mit diesem Projekt beabsichtigen die kooperierenden Verbände den Gedanken eines respektvollen Miteinanders umzusetzen und durch eine individuelle Kompetenzsteigerung die Gestaltung von Lebens- und Arbeitschancen benachteiligter junger Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern. Mit dem Modellprojekt „Gemeinsam Perspektiven schaffen“ wird das DRK in einem wesentlichen gesellschaftlichen Feld Vorreiter, und zwar hinsichtlich

- der Integration von Migranten in das soziale Engagement (der Aufnahmegesellschaft),
- der praktischen Verbreitung der Idee vom und des Wissens über das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in den Teil der deutschen Gesellschaft mit Migrationshintergrund.

Bei der Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund spielen Migrantenorganisationen eine zentrale Rolle. Zielgruppe des Modellprojektes sind junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren mit Migrationshintergrund (inkl. Spätaussiedler/innen) und schwieriger gesellschaftlicher Integration. In einem eng begrenzten Rahmen ist der Einbezug von benachteiligten deutschen Jugendlichen (Tandems) möglich.

Projektverlauf

- Vier Monate Vorbereitung auf den Einsatz im FSJ: Dabei werden die Teilnehmer/innen auf die kompetenzfördernde Tätigkeit in ihren jeweiligen Einsatzstellen vorbereitet. Neben der fachspezifischen Hinführung werden in dieser Zeit soziale und personale Kompetenzen der Freiwilligen im Rahmen eines individuellen Hilfeplans erfasst und bewertet.
- Zwölf Monate Einsatz im FSJ, wahlweise in Rettungswachen des DRK, in Einrichtungen der Feuerwehr, in sozialpflegerischen Einrichtungen der Migrantenorganisationen und des DRK sowie in besonders

ausgewiesenen Einsatzstellen. Dabei werden die Freiwilligen pädagogisch begleitet und in den gesetzlich vorgeschriebenen Seminarveranstaltungen qualifiziert. Zudem werden in gesonderten Maßnahmen die sozial-kommunikativen, methodischen und personalen Kompetenzen analysiert und gestärkt.

- Optionen: Im Nachgang des Projekts sollen die Teilnehmer/innen, die sich besonders bewährt haben, eine Weiterqualifikation beziehungsweise beruflich orientierte Qualifikation (etwa zum Rettungsassistenten) ermöglicht werden.

Kompetenzfördernde Begleitung im Modellprojekt

Die praktische kompetenzfördernde Tätigkeit der jungen Menschen im FSJ wird pädagogisch begleitet. Kompetenzfördernde Begleitung umfasst folgende Schritte:

1. Erfassung und Bewertung von sozialen und personalen Kompetenzen
2. Abbau eines (möglichen) negativen Selbstbildnisses, das geprägt ist von der Geringerschätzung des eigenen Könnens und der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten
3. Kompetenzsteigerung durch Selbstreflexion
4. Überprüfung der Kompetenzsteigerung durch Selbstevaluation

Das Ziel ist, die im freiwilligen Engagement erworbenen Lernerfahrungen und Kompetenzen zu erfassen, sie für den weiteren privaten und beruflichen Werdegang der Jugendlichen nutzbar zu machen und so die gesellschaftliche Integration junger Menschen (mit Migrationshintergrund) zu ermöglichen.

Sorina Miers, Referentin für Jugendsozialarbeit, Deutsches Rotes Kreuz - Generalsekretariat, E-Mail: mierss@drk.de

Hejo Held, Referent für Freiwilligendienste, Deutsches Rotes Kreuz - Generalsekretariat, E-Mail: heldh@drk.de

Katrin Oeser, Referentin für Grundlagen Migration und Integration, Deutsches Rotes Kreuz - Generalsekretariat, E-Mail: oeserk@drk.de

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ist einer der größten Anbieter von Freiwilligendiensten für junge Menschen; zurzeit engagieren sich mehr als 7.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Freiwilligendiensten. Das DRK orientiert sich an dem Begriff der „Menschlichkeit“ und der unterschiedslosen Hilfe für Menschen in Not. Dieses Profil öffnet auch engagementbereiten jungen Menschen, die nicht religiös sind bzw. die einer nicht-christlichen Religion zugehören, die Teilnahme am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Dieser Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität unterscheidet das DRK besonders von den großen konfessionellen Trägern.

Bevor es zu spät ist:

Deshalb die dritte DREIZEHN!



DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit wird herausgegeben vom Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit.

Ausgabe
Eins ist schon
vergriffen!

Bestellung per Fax:
030-288 789 55

Diese Seite entweder ausschneiden oder kopieren, ausfüllen und an uns faxen.

Bestellung per E-Mail:
dreizehn@jugendsozialarbeit.de

Einfach eine E-Mail mit Name, Institution, Adresse an die oben genannte E-Mail-Adresse schicken.

Ja, ich will!

Ich/wir möchte/n die nächste Ausgabe der DREIZEHN kostenlos und unverbindlich erhalten.

Name/Vorname

PLZ/Ort

Institution/Einrichtung

E-Mail

Straße/Hausnummer



Foto: koko-berlin.de/AWO Berlin

„Ein Kampf gegen Windmühlen“

DREIZEHN fragte fünf Praktiker/innen der Jugendsozialarbeit nach ihren Erfahrungen bei der Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

DREIZEHN: Welchen Stellenwert hat der Begriff Integration für Jugendliche mit Migrationshintergrund?

Kravchik: Ich glaube, dass Integration für Jugendliche sehr wichtig ist, aber sie benützen diesen Begriff nicht ausdrücklich. Sie brechen gerade aus dem Elterhaus aus, wollen Kontakte knüpfen und lernen Kommunikation außerhalb der Familie. In dieser Übergangsphase ist es für Sie besonders wichtig, Akzeptanz und Anerkennung zu erhalten. Der Versuch, die Familien- und Community-Grenzen zu überschreiten, stößt an Grenzen, wenn sie als „Türke“ oder „Türkin“, „Russe“ oder „Russin“ oder was auch immer abgestempelt werden.

Chourabi: Es gibt Jugendliche, die hier geboren sind, Kindergarten und Schule besucht haben und die durch diesen Begriff wahrnehmen, dass sie hier nicht akzeptiert werden und ein Problem darstellen.

Lange: Der Begriff impliziert tatsächlich das Außenstehen. Für die Jugendlichen in unserer Einrichtung würde ich lieber den Begriff „wertschätzende Haltung“ verwenden.

Thieme: Es gibt zwei Blickwinkel. Das eine sind Jugendliche, die in Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sind; diese könnten genauso gut einheimische Jugendliche sein. Für Jugendliche, die später zugewan-

dert sind und aus ihren Herkunftsbezügen herausgerissen wurden, hat der Begriff Integration einen anderen Stellenwert. Sie stehen vor der Frage: Will ich hier ankommen oder gehe ich wieder zurück?

DREIZEHN: Was sollte die Politik tun, damit junge Menschen mit Migrationshintergrund zukünftig bessere Chancen in Deutschland haben?

Chourabi: Das Problem ist, dass das politische Denken von Beliebigkeit und von Schnellschüssen geprägt ist. Bei Fördermaßnahmen etwa vermisste ich die Langfristigkeit. Die Politik sollte durch Entscheidungen Brände im Vorfeld verhindern. Sie reagiert aber immer erst dann, wenn es brennt. Es müssten mehr die Praktiker und Praktikerinnen gefragt werden.

Aba: Solange die Politik bei der Erstellung von Konzepten keinen Bezug zur Praxis herstellt, werden die Konzepte nicht realisiert – weil sie nicht realisierbar sind. Etliche sind reine Schreibtisch-Konzepte. Viele Probleme, die migrationsspezifisch deklariert werden, sind gesamtgesellschaftliche und schichtenspezifische Probleme.

Thieme: Entscheidend ist doch die Situation vor Ort. Und manchmal habe ich das Gefühl, jeder Politiker, jeder Verwaltungsbeamte hat seine eigenen Vorstellungen

gen und will sich unbedingt verwirklichen mit eigenen Förderprogrammen und Richtlinien. Wenn man dann als Träger mit einem Konzept kommt, das etwa an individueller Besonderheit ansetzt, dann passen da Förderlinien nicht oder dort fehlt der passende Rechtstitel. Und schon war's das mit dem Konzept.

Kravchik: Die Politik muss sich überlegen, wie die Menschen in Deutschland gleichen Zugang zu Ressourcen bekommen. Das Zuwanderungsgesetz ist nichts anderes als eine Hierarchisierung von Migrantengruppen, das z. B. den Zugang zum Arbeitsmarkt unterschiedlich kanalisiert. Solange sich die Migranten hier nur geduldet fühlen, werden sie sich nicht integrieren. Zudem scheinen mir viele Integrationskonzepte noch geprägt vom veralteten Gedanken der Assimilation: Die Migranten müssen sich an die Mehrheitskultur anpassen. In Kanada beispielsweise wird kulturelle Differenz in vielen Bereichen – Politik, Medien, Bildung – gefördert.

DREIZEHN: Was wären für Sie die nötigsten Korrekturen, um Bildungschancen von Migranten zu verbessern?

Thieme: Ein Professor von der Uni Köln vom Institut Lehrerbildung meinte: „Bevor sich in Deutschland im Bildungssystem etwas ändert, muss sich grundsätzlich die Lehrerbildung ändern.“ Die Konzepte der Lehrerbildung stammen noch aus Achtzehnhundert-irgendwas. Der Anspruch des Lehrers ist der, dass sich die Schüler an der Schule orientieren müssen. Es müsste genau umgekehrt laufen und die Schulen müssten schauen: Wo befinden sich die Schüler, um sie dort abzuholen, wo sie sind.

Aba: Ich kenne viele Familien, die in Kreuzberg oder Neukölln gewohnt haben, bis ihre Kinder eingeschult wurden. Dann hieß es: „Auf diese Schule geht mein Kind nicht, weil hier zu viele Migranten hingehen.“ Sie zogen in bessere Viertel. Doch die Flucht vor dem vermeintlichen Problem war keine Lösung, denn auch in den anderen Vierteln gehen Migrantenkinder zur Schule, nur nicht so viele. Die Politik und andere verstecken sich teilweise hinter der Migranten-Schablone.

Thieme: Es gibt viele Migrations-Jugendliche, die fast perfekt Deutsch lernen und andere, aus der dritten Generation, die sprechen ihre Muttersprache und Deutsch nur rudimentär. Doch dies ist kein Integrations-, sondern tatsächlich ein soziales Problem. Wir erleben das verstärkt auch bei einheimischen Jugendlichen aus Hartz-IV-sozialisierten Familien. Die brauchen teilweise schon ein Wörterbuch, um das normale deutsche Voka-

DIE INTERVIEWPARTNER:



Der Tunesier Hamza Chourabi lebt seit 1991 in Deutschland. Er studierte Kulturwissenschaft und ist seit acht Jahren im sozialen Bereich tätig. Seit 2005 betreut er eine Fachstelle für Integration und Migration bei der AWO in Berlin.

E-Mail: hamza.chourabi@awoberlin.de



Vera Kravchik, in St. Petersburg (Russland) geboren, arbeitet seit 2006 im Jugendmigrationsdienst des Diakonischen Werkes in Berlin Neukölln. Die diplomierte Sozialpädagogin sammelte davor langjährige Erfahrungen in der Jugendsozialarbeit in St. Petersburg und Berlin.

E-Mail: Kravchik@diakonisches-werk-berlin.de



Susanne Lange arbeitet seit 1999 für den SOS Kinderdorf e.V.. Seit 2002 ist sie Bereichsleiterin für den Bereich Gastronomie sowie seit 2006 zuständig für die Schulsozialarbeit im SOS-Berufsausbildungszentrum.

E-Mail: susanne.lange@sos-kinderdorf.de



Der aus der Türkei stammende Hasan Aba ist seit 2005 sozialpädagogischer Mitarbeiter beim Jugendmigrationsdienstes Promigra. Seine Schwerpunkte sind sozialpädagogische Beratung und Betreuung der Neuzuwanderer unter 27 Jahren im Bereich Integration. Er ist Diversity-Berater und -Trainer.

E-Mail: jmd.mitte@cjd-berlin.de



Thomas Thieme ist seit 1999 Leiter des Interkulturellen Beratungs- und Begegnungszentrums Fürstenwalde der Caritas. Zu den dortigen Fachdiensten gehören auch ein Jugendmigrationsdienst, eine Kompetenzagentur und weitere Angebote.

E-Mail: t.thieme@caritas-fuerstenwalde.de

Fotos: Edith Neubert-Mai/Marcus Vogt

bular zu verstehen, was über die reine Alltagssprache hinausgeht.

Lange: Ich kannte viele einheimische Jugendliche aus dem Berliner Ostteil, die hatten keine Chance auf ein Abitur. Die haben sich gefragt: „Warum die und wir nicht?“ Kinder aus besseren Schichten haben bereits im Alter von zehn Jahren einen ganz anderen Horizont, da sie von den Eltern gefördert werden oder Dinge wie

Auslandsurlaub, Theater oder Kino erleben. Diese Unterschiede potenzieren sich bei Migrationsjugendlichen oft noch durch die Sprachprobleme.

Chourabi: Es ist ja auch nicht so, dass Schulen in vermeintlich besseren Stadtteilen mehr leisten. Ein Beispiel: Die Erika-Mann-Grundschule im Berliner Stadtteil Wedding, einem so genannten Problembezirk, erbringt trotz eines sehr hohen Migrantenanteils bessere Leistungen als andere Schulen, die etwa nur einen Anteil von fünf Prozent Migranten/innen aufweisen. Es ist immer eine Sache der pädagogischen Konzepte und was die Schule anbieten kann.

Aba: Unser Schulsystem ist teilweise so aufgebaut, dass Jugendliche automatisch zu Versagern gemacht werden, wenn sie bestimmte Ergebnisse nicht schaffen. Ich sehe zudem ein grundlegendes Problem bei der Lehrerbildung. Dort existiert keine Interkulturelle Pädagogik. Die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien wird dort nicht erfasst – hier muss sich etwas ändern.

DREIZEHN: Wie müsste ein interkultureller Lehransatz aussehen?

Aba: Auch deutsche Lehrer müssten entsprechend interkulturell sensibel mit den Schülern umgehen, egal aus welchen Herkunftsländern und Kulturkreisen diese stammen. Wenn ein Pädagoge nicht die Sensibilität mitbringt und einfach frontal da vorne steht, da können weder die Migrantenkinder, noch deutsche Kinder viel mitnehmen.

Thieme: Unser Jugendmigrationsdienst wird immer wieder von Lehrern angerufen: „Sie haben doch Kontakt zu Familie Soundso. Können sie den Eltern dies oder das mitteilen?“ Sie nutzen die Jugendmigrationsdienste quasi als Kulturübersetzer. Denn die Lehrer sind sehr unsicher: „Wie spreche ich die Familie an? Wie kann ich das Thema XY anschnitten, ohne gleich Ärger hervorzurufen?“ Das Ausmaß dieser Unsicherheit ist teilweise erschreckend. Das hängt unter anderem auch damit zusammen, dass es viele Einheimische gibt, die fein säuberlich jeden Kontakt zu Zugewanderten vermeiden. Das wiederum ist ein überwiegend deutsches Phänomen. Eine Studie besagt, dass es in keinem anderen Land eine so geringe Anzahl an Ehen zwischen verschiedenen sozialen Schichten gibt. Man will hier keinen Kontakt zu anderen haben, die sozial anders verortet sind. Das gilt gerade erst recht in Bezug auf Migranten.

Lange: Es gibt aber eine zweite Seite: In einem Fall durften acht Mädchen mit Migrationshintergrund zunächst

nicht bei einer Klassenfahrt dabei sein, weil ihre Familien dagegen waren. Erst als eine türkische Schulsozialarbeiterin diese Familien besuchte und versicherte, dass sie selbst an der Fahrt teilnehme, durften die Mädchen mit. Diese Ablehnung, dieses Misstrauen war hart für die deutschen Kollegen/innen. Auf beiden Seiten muss also für Offenheit und Vertrauen geworben werden.

DREIZEHN: Wo sehen Sie besonders negative Seiten Ihrer Arbeit?

Krawchik: Immer wieder habe ich das Gefühl, dass ich zusammen mit den Jugendlichen gegen die Wand renne. Es liegt oft am ungeklärten Aufenthaltsstatus oder weil die Jugendlichen irgendwelche Voraussetzungen nicht erfüllen, obwohl sie motiviert sind. Es ist teilweise ein Kampf gegen Windmühlen, es geht einfach nicht weiter.

Thieme: Manchmal denke ich, dass ich als Feigenblatt benutzt werde und Jugendliche dahin bringen muss, wo sie gar nicht hin wollen. Dann bin ich im Konflikt mit dem eigenen Anspruch, die Jugendlichen da abzuholen, wo sie stehen und für sie das Beste herauszuholen. Und ich erlebe im Rahmen der Arbeit der Kompetenzagentur, dass es bei der Umsetzung von Förderplänen immer wieder krankt am Ressortdenken der verschiedenen Ämter, und an einem Jugendamt, dem Maßnahmen schlichtweg zu teuer sind. Ausbaden müssen es die Jugendlichen.

Chourabi: Das Gefühl von Machtlosigkeit ist wahrscheinlich das Schwerste an unserer Arbeit. Man hat mit Jugendlichen zu tun, denen zum Beispiel der Schulabschluss fehlt oder die von Maßnahme zu Maßnahme laufen, und man weiß: Die werden nicht weiterkommen. Es ist teilweise wirklich bedrückend.

Aba: Das ist ein wahrer Punkt, das Rennen von Maßnahme zu Maßnahme. Ich habe bisher keinen einzigen Jugendlichen kennen gelernt, der gerne zum Jobcenter geht. Die Jugendlichen wollen einfach raus aus dieser Maßnahmen-Mühle. Aber es ist ein Teufelskreis, und dabei wird den Jugendlichen auch viel vorgemacht: „Du kannst dieses, du kannst jenes machen.“ Manchmal kostet es viel Kraft, die Jugendlichen danach runter auf den Teppich zu holen.

Lange: Wir haben Jugendliche bei uns, die hatten mit Gewalt oder Drogen zu tun. Bei denen haben wir eine ganze Menge Sozialarbeit investiert und ihnen auch Wertschätzung entgegen gebracht. Aber manchmal hatten wir das Gefühl, den interessiert das gar nicht, der verarscht uns nur. Da stoßen wir immer mal wieder an unsere persönlichen Grenzen. ■ Fragen: Marcus Vogt



Alle Fotos: Marcus Vogt

Zwischen Angst und Zuversicht

Wie denken Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund über ihr Leben in Deutschland? DREIZEHN hat nachgefragt.



Der Fußball-Reporter:
Hasan, 17

Ich bin in Deutschland geboren, meine Eltern kommen aus dem Libanon. Ich habe den Realschulabschluss geschafft und will jetzt das Fachabitur machen.

Ich war heute zum ersten Mal beim Jobcenter. Die wollten heute nur wissen, was ich jetzt mache. Ich habe denen gesagt, dass ich jetzt Antwort von vier Schulen erwarte, auf denen ich mich beworben habe. Im Herbst wird es hoffentlich losgehen. Das Gespräch verlief gut, die waren sehr freundlich. Ich soll nur eine Schulbescheinigung senden,

wenn ich eine Schule gefunden habe, aber insgesamt waren sie sehr freundlich.

Die vom Jobcenter meinten auch, sollte ich eine Ausbildung beginnen wollen, könnten sie mir auch Stellenangebote schicken. Aber das wäre natürlich Schrott, schließlich will ich mit der Schule weitermachen. Oder ich mache eine Ausbildung und hänge ein Jahr Fachabitur dran. Aber ich will lieber Sport und Journalismus studieren, später will ich nämlich Fußball-Kommentator werden.

In Deutschland fühle ich mich ganz okay. Ich fühle mich hier als ganz normaler Mensch – also wie ein Deutscher, kann man so sagen. Aber eigentlich ist es ja vollkommen wurst: Mensch ist Mensch.



Es muss schon multi-kulti sein: Ranya, 25

Meine Eltern haben mich nicht gezwungen, ein Kopftuch zu tragen. Es war meine Entscheidung,

seit dreieinhalb Jahren trage ich Kopftuch; schließlich ist es eine Pflicht im Koran.

Meine Eltern sind Palästinenser, die nach dem Bürgerkrieg (Anfang der 80er Jahre – Anm. Red.) nach Deutschland gekommen sind. Ich bin in Deutschland geboren, ich finde es okay, hier zu leben. Manchmal ist es schwierig, vor allem seit dem 11. September (2001, al-Quaida-Anschläge in den USA – Anm. Red.). Ich bin zwar nicht persönlich angemacht worden, aber ich habe viel abweisendes Verhalten bemerkt oder auf Fragen einfach keine Antwort erhalten. In der Ausbildung als pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte stand aber mein Chef – ein Deutscher – voll hinter mir.

Jeden Montag arbeite ich beim SOS Kinderdorf, seit September habe ich eine zweite Ausbildung als Sozialassistentin begonnen. Es muss schon multi-kulti sein, also mit deutschen, türkischen, arabischen oder jugoslawischen Kindern und Jugendlichen.

Beim Jobcenter hatte ich eine zickige Arbeitsvermittlerin. Sie wollte, dass ich unbedingt arbeite, selbst wenn es nur ein 400-Euro-Job ist, aber nichts klappte. Schließlich gab sie mir einen Platz bei einer ABM-Maßnahme beim SOS-Kinderdorf. Diese Arbeit hat mich bestärkt, im sozialen Bereich tätig zu werden. Eine Betreuerin des Jugendmigrationsdienstes Berlin-Mitte hat mich dabei auch sehr unterstützt und seit April gehe ich regelmäßig dahin.

Wenn ich meine Lehre abgeschlossen habe, dann habe ich einen Job, denn meine Schwester will in Kürze einen Kindergarten eröffnen.

Auch wenn ich die Wahl hätte, möchte ich momentan nicht woanders leben. Hier in Deutschland gefällt es mir, ich habe viele Freunde und ich lerne immer neue Leute kennen. Ich würde den Menschen mit Mig-

rationshintergrund mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt geben. Die sind ja nicht so doof, wie die anderen denken.

In Deutschland muss man hart arbeiten, härter als in anderen Ländern. Hier ist auch wichtig, alle Dokumente aufzubewahren – man weiß nie, welches Amt was sehen will. Ich schmeiß auf jeden Fall kein Blatt mehr weg.



Eine andere Wohnung: Prescillia, 18

Ich bin in Paris geboren und habe dann in St. Etienne bei meiner Mutter gelebt, bevor

ich vor fünf Jahren zu meinem Vater nach Berlin gezogen bin. Meine Eltern stammen aus Guadeloupe, mein Vater ist im Juni zurückgekehrt. Er wollte nicht, dass ich hier bleibe, aber ich habe hier Freunde und gehe ins Gymnasium, auch wenn ich die 11. Klasse nur knapp geschafft habe.

Seit mehreren Wochen wohne ich in Charlottenburg, in einer ekligen und dunklen Wohnung. Ich habe schon so oft geputzt, aber der Dreck ist kaum wegzukriegen, in der Küche klebt alles. Ich will aus der Wohnung unbedingt weg, aber da die Miete nicht bezahlt ist – entweder zahlt das Bafög-Amt oder das Jobcenter – muss ich drinbleiben. Das ist mir jedenfalls gesagt worden, aber ich finde es sehr merkwürdig. Mit einer Betreuerin von der Treiberhilfe habe ich einen Antrag gestellt auf Übernahme der Miete und Geld für Kühlschrank und Bett. Bei diesen Anträgen verstehe ich fast keinen Satz, auch wenn die Frau vom Bafög-Amt sehr hilfreich ist. Auch eine Frau von der AWO hilft mir mit der ganzen Bürokratie. Ich verdiene mit Babysitten noch 100 Euro im Monat, mehr darf es nicht sein.

Erstmal will ich die Schule schaffen und dann am liebsten Fotomodell werden – was aber nicht geht, weil ich momentan eine blöde Zahnsperre tragen muss.

Was ein großer Unterschied ist zwischen Deutschland und Frankreich: In Paris oder

St. Etienne muss man immer gut aussehen, in Deutschland ist es nicht so. Da schaut keiner, wenn die Hose grün ist und das Hemd rot. Das ist nicht so anstrengend, denn immer gut aussehen müssen ist auch Stress.



Trotz Diplom geht nichts: Gilbert, 26

Ich spreche Englisch und Französisch und lerne natürlich auch Deutsch. Vor vier

Jahren kam ich aus Kamerun, ich hatte dort schlimme Dinge erlebt. Am Anfang war es hier sehr schwierig für mich, ich hatte fast dreieinhalb Jahre den Status als Asylbewerber. Seit zehn Monaten bin ich mit einer Deutschen verheiratet, jetzt ist es etwas einfacher und ich versuche eine Ausbildung zu erhalten.

Momentan nehme ich an einem Integrationskurs teil. Ich möchte gerne eine Ausbildung machen als Elektroinformationsmechaniker, das habe ich schon in meiner Heimat gelernt.

Im Jobcenter sagte mir die Beraterin, dass ich besser Deutsch lernen muss, um eine Ausbildung oder Umschulung zu kriegen. Sie hat mich zum Berufsinformationszentrum geschickt, dort hatte ich Termin mit einem weiteren Berater. Dann musste ich wieder zum Jobcenter, dort hat man mich zu einem psychologischen Test geschickt. Der Test dauerte vier bis fünf Stunden, viele Dinge zu Mathematik, Physik und auch zu Sprachen sind gefragt worden. Am Ende hieß es: Dein Deutsch ist schlecht, du musst den Test wiederholen.

Mein Diplom aus Kamerun wird nur teilweise anerkannt, weil dieses nicht vergleichbar sei mit einem deutschen Diplom. Mir ist mehrfach gesagt worden, dass ich mit 26 zu alt für eine Ausbildung sei. Ich weiß ehrlich nicht mehr, wie es weitergehen soll, ich hänge in der Schwebe. Also gehe ich zu jeder Einrichtung, deren Adresse ich kriege, in der Hoffnung, dass mir dort geholfen werden kann. Ich muss meine Familie unterstützen, vielleicht wollen wir irgendwann ein Kind;

aber mit schlechten Jobs kann ich nicht viel Geld nach Hause bringen – und auch meine Verwandten in Kamerun nicht unterstützen.

Wenn ich könnte, würde ich in Deutschland den ganzen Rassismus und diese Diskriminierung abschaffen. Das gefällt mir hier überhaupt nicht. Ich kenne viele Leute, die sind fünf Jahre oder länger in Deutschland, sind verheiratet, haben Kinder – und sind dennoch nur geduldet. Sie dürfen sich nicht frei bewegen, Asylbewerber und Asylbewerberinnen werden unterdrückt und behandelt wie Tiere. In kleinen Städten oder in Marzahn habe ich Angst, da ich immer wieder provoziert werde oder die Leute sogar aggressiv werden. Und alles nur wegen der Hautfarbe.



Ausländer in der Türkei: Kaya, 24 und Serdar, 22

Unsere Eltern kommen aus der Türkei, wir sind beide hier in

Deutschland geboren und kennen uns seit frühester Jugend – und wir sind quasi wie zwei Brüder.

Wir haben die Realschule besucht und anschließend Ausbildungen gemacht, Serdar als Einzelhandelskaufmann, Kaya als Großhandelskaufmann. Seit 2006 arbeiten wir hier, aus einem vormaligen Bioladen hat Kaya einen Pastaladen gemacht. Serdar hat dann mitgemacht. Wir fühlen uns als halb türkisch, halb deutsch. Wir haben deutsche und türkische Freunde, hier ist es prima, wir fühlen uns wohl in Deutschland. Manchmal merken wir schon, dass wir ausgegrenzt werden, denn nicht immer kommen wir in Diskotheken rein. Dann bleiben nur noch türkische Partys, aber gemischt ist uns eigentlich lieber.

Als Deutsch-Türken haben wir auch Probleme, wenn wir in der Türkei Urlaub machen. Da unser Türkisch nicht so gut ist, merken es die Leute. Und plötzlich kostet das Getränk etwas mehr. ■

Aufgezeichnet: Marcus Vogt



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Diesen Anspruch erfüllen unter anderem die sieben bundesweiten Organisationen des Kooperationsverbundes, indem sie qualitativ hochwertige und individuelle Bildungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche bieten und weiterentwickeln.

Dazu zählen Angebote im Rahmen von Jugendsozialarbeit und Schule, Integration, Jugendberufshilfe sowie Angebote des Jugendwohnens oder mobile, aufsuchende Ansätze, mit denen besonders gefährdete Jugendliche erreicht werden.

Die Verbände und Organisationen des Kooperationsverbundes handeln subsidiär und eigenverantwortlich, arbeitsteilig und kooperativ. Der Zusammenschluss ist ein Forum für das weit gefächerte Spektrum der Jugendsozialarbeit.

Ein in Berlin eingerichtetes Büro koordiniert die Aktivitäten und die Öffentlichkeitsarbeit.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

CHAUSSÉESTRASSE 128/129 | 10115 BERLIN
TEL. 030-288 789 538 | FAX 030-288 789 55
KOOPERATIONSVERBUND@JUGENDSOZIALARBEIT.DE
WWW.JUGENDSOZIALARBEIT.DE

gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



EIN ANWALT FÜR BENACHTEILIGTE JUGENDLICHE.



Impressum

DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, erscheint zweimal im Jahr und ist zu beziehen über die

Stabsstelle des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin
Tel. 030-288789-538, Fax 030-288789-55
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de

ISSN 1867-0571

V.i.S.d.P.: Walter Würfel
(stv. Sprecher Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Redaktion:

Marcus Vogt (verantwortlich)
E-Mail: marcus.vogt@jugendsozialarbeit.de

Andrea Pingel
E-Mail: andrea.pingel@jugendsozialarbeit.de

Edith Neubert-Mai
E-Mail: edith.neubert-mai@jugendsozialarbeit.de

Beirat:

Wolfgang Barth, Hans-Jürgen Deutrich, Michael Fähndrich, Katharina Fournier, Ulrike Hestermann, Tina Hofmann, Michael Kroll, Andreas Lorenz, Sorina Miers, Juliane Ostrop, Marion Paar, Petra Tabakovic, Klaus Wagner, Gretel Wildt, Walter Würfel, Andreas Zieske

Grafisches Konzept, Layout und Satz:

Oswald + Martin, Berlin

Titelfoto:

Marcus Vogt

Druck:

Druckcenter Meckenheim (DCM)

Beiträge von Autoren geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder. Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit besteht aus:

AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Tel.: 030-26309-0, Fax: 030-26309-32599
E-Mail: info@awo.org, www.awo.org

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V.

Wagenburgstraße 26–28, 70184 Stuttgart
Tel.: 0711-16489-0, Fax: 0711-16489-21
E-Mail: mail@bagejsa.de, www.bagejsa.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf
Tel.: 0211-94 48 5-0, Fax: 0211-48 65 09
E-Mail: bagkjs@jugendsozialarbeit.de, www.bagkjs.de

Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit e. V. (BAG ÖRT)

Marienburger Straße 1, 10405 Berlin
Tel.: 030-4050 5769-0, Fax: 030-4050 5769-19
E-Mail: info@bag-oert.de, www.bag-oert.de

Deutsches Rotes Kreuz e.V.

Carstennstr. 58, 12205 Berlin
Tel.: 030-85404-0, Fax: 030-85404-450
E-Mail: drk@drk.de, www.drk.de

Internationaler Bund (IB)

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

Valentin-Senger-Straße 5, 60389 Frankfurt am Main
Tel.: 069-94545-0, Fax: 069-945452-80
E-Mail: info@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Der PARITÄTISCHE - Gesamtverband e. V.

Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin
Tel.: 030-24636-0, Fax: 030-24636-110
E-Mail: info@paritaet.org, www.paritaet.org
www.der-paritaetische.de